Imperativformen und Imperativparaphrasen im Deutschen

Mašina, Robert

Undergraduate thesis / Završni rad

2018

Degree Grantor / Ustanova koja je dodijelila akademski / stručni stupanj: **Josip Juraj Strossmayer University of Osijek, Faculty of Humanities and Social Sciences / Sveučilište Josipa Jurja Strossmayera u Osijeku, Filozofski fakultet**

Permanent link / Trajna poveznica: https://urn.nsk.hr/urn:nbn:hr:142:834872

Rights / Prava: In copyright / Zaštićeno autorskim pravom.

Download date / Datum preuzimanja: **2024-03-29**

FILOZOFSKI FAKULTET
SVEUČILIŠTE JOSIPA JURJA STROSSMAYERA U OSIJEKU

Repository / Repozitorij:

FFOS-repository - Repository of the Faculty of Humanities and Social Sciences Osijek

zir.nsk.hr

SVEUČILIŠTE JOSIPA JURJA STROSSMAYERA U OSIJEKU

dabar
DIGITALNI AKADEMSKI ARHIVI I REPOZITORIJI

Sveučilište J.J. Strossmayera u Osijeku

Filozofski fakultet Osijek

Jednopredmetni preddiplomski studij njemačkog jezika i književnosti

Robert Mašina

Oblici i parafraze imperativa u njemačkom jeziku

Završni rad

Mentor: doc.dr.sc. Ivana Jozić

Osijek, 2018.

Sveučilište J.J. Strossmayera u Osijeku

Filozofski fakultet Osijek

Odsjek za njemački jezik i književnost

Jednopredmetni preddiplomski studij njemačkog jezika i književnosti

Robert Mašina

Oblici i parafraze imperativa u njemačkom jeziku

Završni rad

Humanističke znanosti, filologija, germanistika

Mentor: doc.dr.sc. Ivana Jozić

Osijek, 2018.

J.-J.-Strossmayer-Universität in Osijek

Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften Osijek

Vordiplomstudium der deutschen Sprache und Literatur

(Ein-Fach-Studium)

Robert Mašina

Imperativformen und Imperativparaphrasen im Deutschen

Abschlussarbeit

Mentor: Univ. -Doc. Dr. Ivana Jozić

Osijek, 2018

J.-J.-Strossmayer-Universität in Osijek

Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften Osijek

Abteilung für deutsche Sprache und Literatur

Vordiplomstudium der deutschen Sprache und Literatur

(Ein-Fach-Studium)

Robert Mašina

Imperativformen und Imperativparaphrasen im Deutschen

Abschlussarbeit

Geisteswissenschaften, Philologie, Germanistik

Mentor: Univ. -Doc. Dr. Ivana Jozić

Osijek, 2018

Erklärung über die Eigenständige Erstellung der Arbeit

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die anderen Quellen im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, sind durch Angaben der Herkunft kenntlich gemacht.

_____ _____

(Ort und Datum) (Unterschrift)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 8
2. Imperativ 9
2.1. Imperativformen 12
2.2. Imperativparaphrasen 18
3. Verwendung des Imperativs und Imperativparaphrasen in Interviews - Eigene Analyse 21
4. Schlussfolgerung 25
Literaturverzeichnis 26
Anhang 29

Zusammenfassung und Schlüsselwörter

In der vorliegenden Bachelorarbeit wird das Thema Imperativformen und Imperativparaphrasen behandelt. In dem theoretischen Teil der Arbeit wird näher auf die Bildung der Imperativformen und auf den Gebrauch vom Imperativ und seinen Umschreibungen eingegangen. Im praktischen Teil der Arbeit wird ein Korpus analysiert, das aus zehn Interviews besteht. Die Interviews wurden in der Rubrik Politik der Zeitschrift *Spiegel* veröffentlicht.

Das Ziel dieser Arbeit ist, einen Überblick vom bereits vorhandenen theoretischen Wissen im Imperativbereich zu geben, und auf folgende Fragen innerhalb des praktischen Teils zu antworten: In welchem Maße wird der Modus Imperativ und seine funktionalen Synonyme in analysierten Interviews verwendet und welche Funktion haben sie bei der Verwendung?

Schlüsselwörter: Der Modus Imperativ, Imperativformen, Imperativparaphrasen, Interview

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Modus Imperativ in der deutschen Sprache. Ihr Hauptteil besteht aus zwei Teilen, aus einem theoretischen und einem praktischen. Im ersten, theoretischen Teil, wird mithilfe einiger Grammatiken und eines linguistisch-wissenschaftlichen Beitrags versucht, eine Definition des Imperativs zu geben. Es wird näher auf den Gebrauch des morphologischen Imperativs eingegangen. Dabei wird eine Erläuterung seiner Bedeutung bzw. seiner Funktion gegeben. Neben der Grundbedeutung der Aufforderung und des Befehls, durch die sich Imperativ von anderen zwei deutschen Modi unterscheidet, werden auch seine weiteren Bedeutungsvariationen erwähnt. Als nächstes wird die Bildung der Imperativformen dargestellt. Da sich das morphologische Imperativparadigma im Deutschen als lückenhaft aufweist, versucht der Sprecher/Schreiber die fehlenden Imperativformen durch andere Sprachmöglichkeiten zu ersetzen. Schließlich wird im theoretischen Teil der Arbeit ein Überblick von den Ersatzformen und ihren Paraphrasen, wie auch von den Paraphrasen der schon bestehenden Imperativformen gegeben. Da der Titel der Arbeit ein umfangreiches Thema umfasst, wurde ein Untersuchungs-korpus ausgewählt, das das Thema passend für eine Bachelorarbeit eingrenzt. Aus dem Nachrichtenmagazin *der Spiegel* wurden zehn Interviews aus dem Bereich der Politik ausgesucht und hinsichtlich des oben genannten Themas untersucht. Als ein unmittelbarer Dialog zwischen dem Interviewer und der befragten Person unterscheidet sich diese journalistische Textsorte von den anderen journalistischen Textbeiträgen. Das bei einem Interview geführte Gespräch wird in einer Zeitung, im Rundfunk oder im Fernsehen wörtlich wiedergegeben.

Das Ziel dieser Arbeit ist, einen Überblick vom bereits vorhandenen theoretischen Wissen im Imperativbereich zu geben, und auf die folgenden Fragen innerhalb des praktischen Teils zu antworten: In welchem Maße wird der Modus Imperativ und seine funktionalen Synonyme in analysierten Interviews verwendet, und welche Funktion haben sie bei der Verwendung?

2. Imperativ

Der Modus als grammatische Kategorie bezeichnet die Aussageweise der Verben und dient dem Sprecher/Schreiber, seine Sichtweise gegenüber dem Ausgesagten auszudrücken. Im Deutschen werden drei Modi unterschieden: Indikativ, Konjunktiv und Imperativ. Mit dem Indikativ (= Wirklichkeitsform) wird etwas als Tatsache und Wirklichkeit dargestellt. Er wird im Vergleich zu anderen zwei Modi am meisten in Texten benutzt und deswegen als Normalmodus bezeichnet (Eisenberg 1995: 154). Der Konjunktiv (=Möglichkeitsform) bring das Irreale, das Hypothetische, das Ungewisse oder eine Höflichkeit in eine Aussage ein. Außerdem wird er in der indirekten Rede verwendet (Genzmer 1995: 116). Der Imperativ (<lat. imperativus modus = befehlende Aussageweise) wird vor allem für Aufforderungen und Befehle an eine oder mehrere Personen benutzt (Eisenberg 1995: 169).

Oben wurden nur die Grundfunktionen bzw. Grundbedeutungen der einzelnen Modi aufgeführt. Jeder von ihnen kann aber in bestimmten Fällen eine Ausdrucksweise auf die Art markieren, die für einen anderen Modus charakteristisch ist. Durch das Eindringen eines Modus in die Funktions- bzw. Bedeutungsbereiche der anderen zwei, entstehen ihre Ersatzformen und Paraphrasen. Der Modus Imperativ weist neben seinen Grundbedeutungen von Befehl und Aufforderung auch weitere Bedeutungsvarianten wie Bitte, Verbot, Wunsch, Ratschlag, Erlaubnis und Drohung auf. Sie werden mithilfe der folgenden Beispiele[1] veranschaulicht:

(1a) Gehe weg! BEFEHL/AUFFORDERUNG

(1b) Steh endlich auf! BEFEHL/AUFFORDERUNG

(1c) Gehe bitte heim! BITTE

(1d) Sing nicht! VERBOT

(1e) Werde schnell gesund! WUNSCH

(1f) Nimm lieber die frische Hefe, um Kuchen zu machen! RATSCHLAG

(1g) Werde was du willst! ERLAUBNIS

(1h) Fahre vorsichtig oder ich fahre nicht mehr mit! DROHUNG

---

1 Die Beispiele wurden Heinold (2012: 39ff) entnommen.

Ohne zusätzliche kontextuelle Informationen weist nach Heinold, der alleinstehende morphologische Imperativ in einem Satz, wie in 1a, immer die Grundbedeutung auf, die durch die Erweiterung des Satzes, erhalten oder modifiziert werden kann. In 1b bleibt sie unverändert und in allen anderen Beispielen in 1 wird sie modifiziert (2012: 40).

Der Gebrauch des Imperativs bei der Formulierung einer Aussage als Befehl, Aufforderung, Bitte, Verbot, Wunsch, Ratschlag, Erlaubnis und Drohung bleibt innerhalb des Imperativbedeutungsbereichs. Der morphologische Imperativ in der deutschen Sprache hat nach Heinold neben dem direktiven auch nicht-direktiven Gebrauch (ebd.: 42). Da sie in vielen Grammatiken gar nicht oder nur am Rande des Themas Indikativ behandelt werden, werden sie auch in dieser Arbeit nur erwähnt und mithilfe folgender Beispiele[2] veranschaulicht:

(2a) Sei hilfsbereit und dir wird ebenso geholfen!

(2b) Aber Moritz aus der Tasche zieht die Flintenpulverflasche und geschwinde – stopf, stopf, stopf – Pulver in den Pfeifenkopf!

(2c) Geh! Komm! Warte! Halt!

In 2a weist der Imperativ konditionale, in 2b narrative und in 2c interjektionale Verwendungsweise. Während bei den ersten zwei Beispielen noch zu erkennen ist, dass sie der Grundbedeutung des Imperativs entstammten, ist es in 2c nicht der Fall (ebd.).

Eisenberg definiert den Imperativ folgendermaßen:

> „Der Imperativ dient dazu, eine Aufforderung direkt an eine oder mehrere Personen zu richten. Bei der Aufforderung kann es sich um eine Bitte, einen Wunsch, eine Anweisung, einen Befehl o.ä. handeln. […] Mit den Formen des Imperativs wendet sich der Sprecher direkt an - eine anwesende Person (=Imperativ Singular) […] [oder] mehrere anwesende Personen […]“ (1995: 169)

2 Die Beispiele wurden Heinold 2012: 42 entnommen und stammen aus Donhauser 1986

Engel gibt bezüglich des Adressaten des Imperativs eine zusätzliche Definition:

> „Nicht nur bei Tieren, denen ja gemeinhin wesentliche menschliche Eigenschaften wie Willensentscheidung zugebildet werden, sondern auch bei Pflanzen und sogar Gegenständen, sind, wenn sie mit dem Merkmal 'menschlich' versehen werden, oft Imperative möglich.“ (1996: 426)

Demzufolge kann man sich an eine Pflanze wie in 3a und an eine frisch aufgetragene Farbe wie in 3b wenden[3].

(3a) Blüh nur schön!

(3b) Trockne doch endlich ab!

3 Die Beispiele wurden Engel 1996: 426 entnommen.

2.1. Imperativformen

Vor der Darstellung der Imperativformen ist auf dieser Stelle noch die Position der 1. Pers. Pl. innerhalb des morphologischen Imperativparadigmas zu erläutern. In der Literatur wird sie unterschiedlich behandelt. Während Eisenberg (1995: 168f) und Helbig/ Buscha (1991: 207) ausschließlich die Formen der 2. Pers. Sing. und Pl., wie auch die Höflichkeitsform für beide Pers. als morphologischen Imperativ anerkennen, sehen Engel (1996: 428), Genzmehr (1995: 131) und Heinold (2012: 434) auch die Form der 1. Pers. Pl. als Teil des Imperativparadigmas. Bei Erbsen wird es als Adhorativ, eher als Ersatz für die fehlende morphologische Imperativform, betrachtet (1972: 114). Um alle oben genannten Einsichten zu berücksichtigen wird in dieser Arbeit die 1. Pers. Pl. bei der Erläuterung der morphologischen Imperativformen miteinbezogen. Dies sollte also nicht als unbestrittene Zugehörigkeit der Form der 1. Per. Pl. zum Imperativparadigma verstanden werden. Ein weiterer Grund dafür ist, einen besseren Überblick über die Imperativformen zu verschaffen.

Man kann vier Imperativformen bilden:

Form		Der Adressat
du	Geh(e)!	Eine Person, die man duzt
Ihr	Geht!	Mehrere Personen, die man duzt (exklusive Sprecher)
Sie	Gehen Sie!	Eine oder mehrere Personen, die man siezt
wir	Gehen wir!	Mehrere Personen (inklusive Sprecher)

Die Formen des Imperativs werden vom Präsensstamm (1. Stammform) abgeleitet. Bei vertraulichen Imperativformen der 2. Pers. Sing. und Pl. wird das Personalpronomen meist ausgelassen, außer wenn der Adressat hervorgehoben werden soll oder zu poetischen Zwecken. Dabei behält der Imperativ die Spitzenstellung, obwohl er auch dem Personalpronomen nachgestellt werden kann (Engel 1996: 427).

(4a) Gehe du doch hin!

(4b) Warte du draußen!

(4c) Bleibt ihr stehen!

(4d) Du gehe doch hin!

(4e) Du warte draußen!

(5f) Ihr bleibt stehen!

Der Imperativ Singular wird mit -e Endung gebildet, vor allem in der gehobenen Sprache. In der poetischen Sprache und in der Umgangssprache ist die Singularform des Imperativs häufig endungslos (Eisenberg 1995: 168). In der Tabelle 1 werden einige der Imperativbeispiele mit fakultativer -e Endung dargestellt.

Tabelle 1

Infinitiv Präsens	2. Pers. Sing. Präsens	Imperativ Sing.
fragen	du fragst	Frag(e)!
spielen	du spielst	Spiel(e)!
schauen	du schaust	Schau(e)!
trinken	du trinkst	Trink(e)!
sich beeilen	du beeilst dich	Beeil(e) dich!
aufstehen	du stehst auf	Steh(e) auf!
anrufen	du rufst an	Ruf(e) an!

Bei Verben mit der Endung -eln oder -ern wird der Imperativ Singular mit obligatorischem -e gebildet. Der Stamm -e wird meistens ausgelassen. Einige von diesen Verben und ihren entsprechenden Imperativformen werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2

Infinitiv Präsens	2. Pers. Sing. Präsens	Imperativ Sing.
sammeln	du sammelst	Samm(e)le!
schütteln	du schüttelst	Schütt(e)le!
handeln	du handelst	Hand(e)le!
fördern	du förderst	Förd(e)re!
feiern	du feierst	Fei(e)re!
filtern	du filterst	Filt(e)re!
sich kümmern	du kümmerst	Kümmere dich!

In der Regel bekommen im Imperativ Singular auch die Verben mit dem stammauslautenden d und t die Endung –e, was mit Sätzen[4] in 5 veranschaulicht wird (ebd.).

(5a) Binde die Schnur!

(5b) Biete ihm eine Zigarette an!

(5c) Rede ihm das aus!

(5d) Achte an sie!

Bei Verben, deren Stamm auf –ig, wie auch auf Konsonant + m oder n ausgeht, wird ein e obligatorisch angehängt, außer wenn vor m oder n ein m, n, r, l oder h steht[5]. Einige der Verben dieser Gruppen findet man in der Tabelle 3 (ebd.).

Tabelle 3

Infinitiv Präsens	2. Pers. Sing. Präsens	Imperativ Sing.
entschuldigen	du entschuldigst	Entschuldige!
atmen	du atmest	Atme!
widmen	du widmest	Widme!
rechne	du rechnest	Rechne!
sich kämmen	du kämmst dich	Kämm(e) dich!
qualmen	du qualmst	Qualm(e)!
lärmen	du lärmst	Lärme(e)!
sich rühmen	du rühmst dich	Rühm(e) dich!

Bezüglich des e/i-Wechsel des Präsensstamms bei starken Verben wird der Imperativ Singular auf zwei Weisen gebildet. Zu einer Gruppe gehören die Verben, bei denen es im Imperativ Singular genau wie im Indikativ Präs. Sing. zum Wechsel des *e (ä,ö)* gegen *i (ie)* kommt. Dabei

4 Beispiele wurden Eisenberg 1995: 168 und Helbig/Buscha1991: 194 entnommen.

5 Die m- oder n- Endung des Verbstammes, der die Konsonanten m, n, r, l voranstehen, charakterisiert Helbig/Busch als schwer aussprachbare Konsonantenverbindung.

wird die Endung –e nicht angehängt. Zu der zweiten Gruppe gehören die starken Verben bei denen der e/i-Wechsel nur im Indikativ Präs. Sing. vollzogen wird. Die Endung –e ist im Imperativ dabei obligatorisch[6] (Helbig/Buscha 1991: 193). Beispiele für die Verben aus der ersten Gruppe sind in der Tabelle 4 unter *a* und die Verben aus der zweiten Gruppe unter *b* zu finden.

Tabelle 4

	Infinitiv Präsens	2. Pers. Sing. Präsens Indikativ	Imperativ Sing.
a	blasen	du bläst	Blase!
	fahren	du fährst	Fahre!
	stoßen	du stößt	Stoße!
	laufen	du läufst	Laufe!
b	empfehlen	du empfiehlst	Empfiehl!
	essen	du isst	Iss!
	nehmen	du nimmst	Nimm!

Die Indikativform der 2. Pers. Pl. ist von der Form her identisch mit der entsprechenden Form des Indikativs Präsens Aktiv und die Höflichkeitsform der 2. Pers. Sing. und Pl., wie auch die wir-Form stimmt mit der 3. bzw. mit der 1. Pers. Pl. Indikativ Präsens Aktiv überein (siehe dazu Tabelle 5). Bei der wir- und Höflichkeitsform ist das Personalpronomen nicht weglassbar.

6 Nach Helbig/Buscha fakultativ bei *sehen: sieh(e)* und nach Eisenberg wird die Form *siehe!* nur als Verweis in Texten und als Ausruf gebraucht.

Tabelle 5

Infinitiv Präsens	Imperativ		
	1. Pers. Pl.	2. Pers. Pl.	3. Pers. Pl. (Sie-Form)
fragen	Fragen wir!	Fragt!	Fragen Sie!
spielen	Spielen wir!	Spielt!	Spielen Sie!
schauen	Schauen wir!	Schaut!	Schauen Sie!
trinken	Trinken wir!	Trinkt!	Trinken Sie!
sich beeilen	Beeilen wir uns!	Beeilt euch!	Beeilen Sie sich!
aufstehen	Stehen wir auf!	Steht auf!	Stehen Sie auf!
anrufen	Rufen wir an!	Ruft an!	Rufen Sie an!

Der Imperativ vom Verb *sein* wird nicht nach obengenannten Regeln gebildet, sondern hat besondere Imperativformen (Helbig/Buscha 1991: 194).

Tabelle 6 – Imperativformen vom Verb sein

2. Pers. Sing.	sei
1. Pers. Pl.	seien wir
2. Pers. Pl.	seid
Höflichkeitsform	seien Sie

Schließlich sind bezüglich der Imperativbildung noch einige „normwidrigen“ Imperativformen zu erwähnen. Da mit dem Imperativ unter anderem eine unmittelbare Aufforderung an den Adressaten gerichtet wird, und obwohl der Imperativ zukunftsbezogen ist, gibt es keine Imperativformen im Perfekt oder Futur. Trotzdem sind in der Literatur seltene Beispiele zu finden, die als Imperativ der Vergangenheit bezeichnet werden könnten. Weiterhin ist von Eisenberg als „altertümlich“ bezeichnete Imperativform in Passiv gemäß Erben eine Umschreibung für ihre fehlende Form[7] (Eisenberg 1995: 169):

(6a) In die Ecke! Besen, Besen, seid's gewesen! (Goethe) (Imperativ Perfekt)

(6b) Schweige und habe gelitten! (Benn) (Imperativ Perfekt)

(7a) Seid mir gegrüßt […]! (Imperativ Passiv)

(7b) […] werde gegrüßt! (Imperativ Passiv)

(7c) Friss oder werde gefressen! (Imperativ Passiv)

Im Unterschied zu oben genannten Beispielen kann man den Imperativ von manchen Verben zwar förmlich bilden, aber aus semantischen Gründen nicht benutzen. Einige von ihnen sind: bekommen, vermissen, gelten, geraten, kennen und wiedersehen. Von Modalverben und unpersönlichen Verben wird auch kein Imperativ gebildet (Eisenberg 1995: 169).

7 Beispiele wurden Eisenberg 1995: 169 und Erben 1972: 184f entnommen.

2.2. Imperativparaphrasen

Aus der Darstellung der Imperativformen in Kapitel 2.1. lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass das Paradigma des morphologischen Imperativs im Deutschen Lücken hinsichtlich der umfassenden Formen aufweist, besonders wenn die Form der 1. Pers. Pl. nicht als ein Teil des Paradigmas betrachtet wird. Demzufolge benutzt der Sprecher/Schreiber andere sprachlichen Möglichkeiten, um die fehlenden Imperativformen zu ersetzen (Heinold 2012: 33f). Darüber hinaus können schon bestehende aber auch die ersetzenden Formen umschrieben werden, was zur Entstehung der Imperativparaphrasen führt. Im Folgenden wird auf die Imperativumschreibungen mitsamt ihren imperativischen Funktionen bzw. Bedeutungen näher eingegangen.

Vor allem zum Zwecke der allgemeinen Anweisungen und Verbote benutzt man den Indikativ anstatt des Imperativs. Dabei richtet man die Aufforderung an unbestimmte Personen bzw. an alle Personen, die zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort die Aufforderung wahrnehmen könnten (ebd. 46). Dies ist der Fall bei verschiedenen Warn- und Verbotsschildern wie in Beispielen 8a und 8b. Im Unterschied dazu ist im Satz in 8c ein konkreter Adressat in einer konkreten Situation angesprochen. Mit einem Infinitiv wird immer öfter auch veraltete, mit dem Pronomen *man* und dem Konjunktiv Präs. gebildete Ersatzform für die 3. Pers. Sing. umschrieben. In 8d und 8e findet man Beispiele, die in Kochrezepten bzw. Gebrauchsanweisungen zu finden sind (Helbig/Buscha 1991: 615).

(8a) Den Rasen nicht betreten! (=Betreten Sie nicht den Rasen!)

(8b) Langsam fahren! (=Fahren Sie langsam!)

(8c) Kinder, sofort ins Bett gehen! (= Geht sofort ins Bett Kinder)

(8d) Zwei Eier nehmen und sie mit dem Puderzucker verrühren!

(= Man nehme zwei Eier und verrühre sie mit dem Puderzucker!)

(= Nehmen Sie zwei Eier und verrühren Sie sie mit dem Puderzucker!)

(8e) Alte elektronische Geräte immer zum Recyclinghof bringen!

(= Man bringe alte Geräte immer zum Recyclinghof!)

(=Bringen Sie alte elektronische Geräte immer zum Recyclinghof!)

Ein Imperativsatz kann auch mit anderen Satzarten paraphrasiert werden, ohne dass der Modus Imperativ benutzt wird. Verschiedene Satzarten übernehmen dabei die Funktion einer Aufforderung, eines Befehls oder einer Anweisung, wie z.B. die Aussagesätze im Präsens und Futur (Beispiele 9a und 9b). Der auffordernde Charakter der Sätze im Indikativ wird auch durch die Verwendung von Modalverben (Beispiele 9c und 9d) und Verben des Aufforderns (Beispiele 9e - 9g) wie z.B. *fordern, bitten, verlangen, befehlen, wünschen* explizit ausgedrückt (Engel 1996: l47).

(9a) Du gehst jetzt!

(9b) Du wirst jetzt gehen!

(9c) Du sollst um neun Uhr in die Schule gehen.

(9d) Du musst mir helfen.

(9e) Wir wollen heimgehen.

(9f) Ich bitte dich, das Buch umgehend zurückzugeben.

(9g) Ich befehle dir, das Buch umgehend zurückzugeben.

(9h) Ich fordere Sie zur Mitarbeit auf.

Der Imperativ der 1. Pers. Pl. kann außer mit dem Modalverb *wollen* (siehe Beispiel 9e) mit dem Verb *lassen* + Infinitiv Präsens umgeschrieben werden. Dabei ist zu betonen, dass die Umschreibung mit *lassen* wesentlich gehobener klingt: *Lasst uns heimgehen* (Engel 1996: 429).

Mit den Interrogativsätzen kann auch eine auffordernde Ausdrucksweise geäußert werden (Beispiel 10a). Häufig werden dabei Modalverben verwendet. Der Konjunktiv und die Partikeln wie *mal* oder *bitte* betonen die Höflichkeit der Aufforderung (Beispiel 10b). Als Konkurrenzform der Modalverben gilt auch ein modaler Infinitiv mit zu + sein/haben als Imperativparaphrase (Beispiele 10c und 10d).

(10a) Machst du nun gefälligst das Fenster zu?

(10b) Wollen/Können/Könnten/Würden Sie (bitte)(mal) das Fenster öffnen?

(10c) Du hast dich schnell umzuziehen!

(10d) Alle Geräte sind heute zu reparieren!

11a und 11b sind Beispiele für die isolierten Nebensätze mit der Konjunktion *dass* oder *wenn*, und 12a und 12b sind Beispiele für subjektlose Passivsätze, die als Imperativumschreibungen betrachtet werden können (Eisenberg 1995: 170).

(11a) Dass ihr mir gut aufpasst!

(11b) Wenn Sie bitte einen Moment warten wollen!

(12a) Jetzt wird aber geschlafen!

(12b) Jetzt wird gearbeitet, nicht gequatscht!

Das Partizip ist eine weitere sprachliche Möglichkeit, die eine imperativische Grundbedeutung besitzt. Da das Partizip als Imperativparaphrase benutzt wird, um eine unmittelbare Aufforderung an andere anwesenden Personen bezüglich einer konkreten Situation zu richten, hat es als Imperativparaphrase laut Heinold ausschließlich eine auffordernde Funktion. Aus diesem Grunde wird das Partizip oft in der Militärsprache gebraucht (2012: 50).

Beispiele:

(13a) Stillgestanden!

(13b) Hiergeblieben!

(13c) Aufgepasst!

Schließlich kann der Imperativ durch alleinstehende Substantive, Adjektive oder Partikeln umschrieben werden.

Beispiele:

(14a) Achtung! Vorsicht!

(14b) Schnell! Vorsichtig!

(14c) Zurück! Auf!

3. Verwendung des Imperativs und der Imperativparaphrasen in Interviews - Eigene Analyse

Obwohl ein Interview, wie in der Einleitung dieser Arbeit schon erwähnt, ein Gespräch zwischen mindestens zwei Person ist, lässt sich nach der Analyse der ausgewählten Interviews feststellen, dass der morphologische Imperativ in dieser journalistischen Gattung nicht oft gebraucht wird. Da die Gesprächspartner in allen Interviews einander siezen, gebrauchen sie bei der gegenseitigen Anrede nur die Höflichkeitsform des Imperativs.

(15) Gönnen Sie mir doch das gute Gefühl, die CSU endlich wieder verteidigen zu können: […]. (Interview 2)

(16) Lassen Sie einen alten Konservativen wie mich sagen: […] (Interview 2)

(17) Fragen sie lieber Sigmund Freund. (Interview 5)

(18) Lassen Sie das Multikulturelle weg, […]. (Interview 6)

(19) Glauben Sie mir, […]. (Interview 9)

(20) Vergleichen Sie doch mal iranische Gefängnisse mit […]. (Interview 9)

In Sätzen 15 und 20 wird die Aufforderung durch Modalpartikeln *doch* und *mal* gemildert und im Satz 17 signalisiert das Adverb *lieber*, dass es sich um einen Rat der Sprecher handelt. In den Beispielen 16, 18, und 19 wird keine Partikel benutzt, was die gerichtete Aufforderung als neutral oder sogar „streng" charakterisiert. Demzufolge hat kein oben angeführter Imperativ die Bedeutungsvariante der *Bitte*, was in einem Interview vielleicht zu erwarten wäre. In Interviews 5, 7 und 8 wird die Imperativform der 1. Pers. Pl. gebraucht.

(21) Warten wir doch die Kongresswahlen ab.

(22) Sagen wir, es gäbe […].

(23) Seien wir ehrlich: […]

(24) Nehmen wir einen Mann wie Gennadij Timtschenko, der […].

In allen vier Fällen richtet der Befragte die Aufforderung an eine Gruppe, der er mitsamt dem Interviewer selber gehört.

Außer diesen zehn Beispielen vom morphologischen Imperativ, kommen in analysierten Interviews funktionale Synonyme des Modus Imperativ vor, die als seine Paraphrasen imperativische Bedeutung übernehmen. In Interviews 1, 4 und 5 gebraucht der Interviewte für seine auffordernde Ausdrucksweise den modalen Infinitiv mit zu + sein.

(25) Es ist gut zu sehen, dass […].

(26) Das Wichtigste ist, nie aufzugeben, optimistisch zu bleiben, die Möglichkeiten zu nutzen, […]

(27) Nüchtern-analytisch ist festzustellen: […].

Durch Adverb *gut* bekommt der Satz in 25 die Bedeutung eines Ratschlags, während die Sätze in 26 und 27 imperativische Grundbedeutung der Aufforderung behalten. In allen drei Beispielen wird der Adressat nicht explizit genannt und aus dem Kontext ist er auch nicht eindeutig zu erkennen. Der Adressat kann eine Gruppe sein, deren Teil der Befragte ist, oder alle, die mit dem besprochenen Sachverhalt zu tun haben, einschließend den Journalisten.

Im Interview 3 wird in zwei Fällen und im Interview 4 in einem Fall die Aufforderung durch Verben des Aufforderns ausgedrückt.

(28) Außen-Staatsminister […] fordert, die deutsch-amerikanischen Beziehungen neu zu definieren.

(29) Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von uns, dass wir eine selbstbewusste Antwort auf die ständigen Provokationen des US-Präsidenten geben.

(30) In ihren Texten und Videos fordern Sie die Frauen auf, zu kämpfen.

In untersuchten Texten taucht der morphologische Imperativ der 2. Pers. Sing. und Pl. nicht einmal auf. Im Interview 10 richtet die befragte Person in einem Selbstgespräch eine Aufforderung an sich selbst, aber dabei wird der Imperativ der 2. Pers. Sing. durch das Modalverb *müssen* umschrieben (Beispiel 33). In Beispielen 31 und 32 erzählt sie in indirekter Rede von der Aufforderung, die seitens dritter Personen als Drohungen an sie gerichtet wurden, wobei die erste als direkte Rede und die zweite als indirekte Rede wiedergegeben wird. In beiden Fällen verwendet sie eine Imperativparaphrase mit dem Modalverb *müssen* in der 2. Pers. Sing.

(31) Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter sagte mir, ich solle mich vorsehen, ich könnte einen Verkehrsunfall haben.

(32) "Du musst so tun, als seist du schon tot".

(33) Ich sagte mir, wenn du diese Arbeit weitermachen willst, dann musst du so tun, als wärst du schon tot.

Des Weiteren werden andere im Untersuchungskorpus gefundene Imperativumschreibungen mit Modalverben angeführt. Das Modalverb *sollen* wurde mit einer Bedeutung der Aufforderung in folgenden Beispielen gebraucht.

(34) Wir sollten gelassen akzeptieren, dass […]. (Interview 1)

(35) Aber wegen des Fehlers Einzelner sollten Sie kein ganzes Volk verurteilen. (Interview 4)

(36) Sie sollten von einem vielleicht weniger glücklichen Fall nicht auf das ganze System schließen (Interview 8)

(37) Vielleicht sollte Seehofer einfach nicht so empfindlich sein. (Interview 2)

(38) Man solle handeln, […]. (Interview 5)

(39) Man sollte die Sprache nicht zum zentralen Konfliktfeld machen, […]. (Interview 6)

(40) Wer aber sagt: […], der soll sich eine andere Bewegung suchen […]. (Interview 8)

(41) Wenn Putin morgen bereit ist, […], dann soll er das von mir aus tun. (Interview 8)

Wenn die wir-Form zum Imperativparadigma gezählt wird, handelt es sich in 34, 35 und 36 um die Paraphrasen der Imperativformen der 1.Pers. Pl. und der Höflichkeitsform der 2. Pers. Sing. und Pl. Alle anderen Beispiele von 37 bis 42 kann man als Ersatzform für die fehlende morphologische Imperativform der 3. Pers. Sing. betrachten. Durch die Negation des Modalverbs *sollen* wird ein Verbot ausgedrückt. In Fällen, wo der Sprecher den Konjunktiv verwendet, wird die Aufforderung und das Verbot gemildert bzw. höflicher ausgedrückt. Demnach kann man in Beispielen 34 bis 39 auch von einer Bedeutung des Ratschlags sprechen.

Neben dem Modalverb *sollen* wird im untersuchten Korpus auch das Modalverb *müssen* als Imperativparaphrase verwendet. Die Hauptbedeutung des Modalverbs *müssen* ist die

Notwendigkeit. In dieser Analyse wurden nur diejenigen seinen Verwendungen als Imperativparaphrasen betrachtet, bei denen es um eine Notwendigkeit geht, der eine Aufforderung zugrunde liegt.

Beispiele:

(42) […] und wir müssen hier kraftvoll weitermachen. (Interview 1)

(43) Dabei müssen Sie nur in Ihr Archiv schauen. (Interview 2)

(44) Aber wir müssen das Problem verstehen, dass […], wir müssen sie [Begriffe wie Heimat, Heimatliebe, Patriotismus] für uns besetzen. (Interview 5)

(45) Wo wir wirklich aufpassen müssen, ist innerhalb unserer eigenen Gesellschaften und Politik. (Interview 5)

(46) Das müssen wir verstehen, wenn wir öffentlich über Integration diskutieren: […] (Interview 6)

In Beispielen 47 bis 50 wurde aus dem Kontext erschlossen, dass es sich beim Gebrauch des Modalverbs *müssen* nicht um allgemeine Notwendigkeit handelt, sondern dass sich die Notwendigkeit unter anderem aus der Aufforderung des Sprechers ergibt. Demzufolge können auch folgende Beispiele zu Imperativparaphrasen gezählt werden:

(47) Auch Deutschland muss die Bundeswehr dringend besser und vollständig ausstatten, […]. (Interview 1)

(48) Die CDU muss aufpassen, dass sie kein Leuchtturm auf Rädern wird. (Interview 2)

(49) Nein, wir müssen den Dialog sogar intensivieren, […]. Wir müssen innerhalb der USA die Kräfte unterstützen, die […]. (Interview 3)

(50) Man muss ein bisschen was abkönnen in der Nordstadt, […]. (Interview 6)

4. Schlussfolgerung

In dieser Arbeit wurden die Imperativformen und die Imperativparaphrasen im Deutschen behandelt. Da der Imperativ befehlende Ausdruckweise bezeichnet, sind auch seine Grundbedeutungen Aufforderung und Befehl. Außerdem kann man mit dem Imperativ auch eine Bitte, ein Verbot, einen Wunsch, einen Ratschlag, eine Erlaubnis und eine Drohung ausdrücken. Wenn man die Bildung der Imperativformen betrachtet, kann man feststellen, dass sich das morphologische Imperativparadigma als lückenhaft aufweist. Wenn die Form der 1. Pers. Pl. nicht als morphologischer Imperativ betrachtet wird, sind nur die vertrauliche Form und die Höflichkeitsform der 2. Pers. Sing. und Pl. der einzige Bestandteil des Imperativparadigmas. Um die Lücken zu „schließen", aber auch um die schon vorhandene morphologische Imperativformen zu umschreiben, benutzt der Sprecher/Schreiber andere sprachlichen Möglichkeiten wie Infinitiv Präs., Konjunktiv Präs., Aussagesätze in Indikativ Präs. oder Futur, Interrogativsätze, Modalverben (vor allem *sollen* und *müssen*), Sätze mit dem Verb des Aufforderns, modalen Infinitiv mit zu + sein/haben, isolierte Nebensätze mit der Konjunktion *dass* oder *wenn*, das Partizip und schließlich alleinstehende Substantive, Adjektive oder Partikeln.

Im praktischen Teil dieser Arbeit wurde ein Untersuchungskorpus von zehn Interviews aus dem Bereich der Politik im Nachrichtenmagazin *der Spiegel* hinsichtlich der Verwendung vom Imperativ, seinen Ersatzformen und seinen Paraphrasen analysiert. Dem Interview, als einer journalistischen Textsorte, liegt ein unmittelbarer Dialog bzw. ein Gespräch zwischen dem Interviewer und der befragten Person zugrunde. Trotz der Tatsache wurde der morphologische Imperativ in dem Untersuchungskorpus nicht oft benutzt. In vier Interviews wird gar keine morphologische Imperativform verwendet und in allen anderen wurde der morphologische Imperativ insgesamt zehn Mal gebraucht, einschließlich der vier Formen der 1. Pers. Pl. Dagegen erscheinen die Imperativersatzformen und Imperativparaphrasen insgesamt 26 Mal, nämlich: drei Mal als modaler Infinitiv mit zu + sein, drei Mal als ein Satz mit dem Verb des Aufforderns und in allen anderen Fällen als Modalverb *sollen* oder *müssen*.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der morphologische Imperativ in der journalistischen Textsorte Interview nicht stark geläufig ist. Der Sprecher greift eher zu seinen funktionalen Synonymen, wobei zu betonen ist, dass vorwiegend die Modalverben *sollen* und *müssen* als Imperativparaphrasen erscheinen.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur:

Amann, Melanie; René Pfister (2018). Merkel bleibt oben, egal, was kommt. Interview mit Peter Gauweiler. In: *Spiegel online* 30/2018. http://www.spiegel.de/plus/peter-gauweiler-ueber-angela-merkel-sie-bleibt-oben-egal-was-kommt-a-00000000-0002-0001-0000-000158500324 (25.07.2018)

Beyer, Susanne; Matthias Gebauer (2018). Haben Sie sich vom Trump-Schock schon erholt, Frau Ministerin?. Interview mit Ursula von der Leyen. In: *Spiegel online* 31/2018. http://www.spiegel.de/plus/ursula-von-der-leyen-ueber-donald-trump-und-den-rechtspopulismus-a-00000000-0002-0001-0000-000158616263 (29.07.2018)

Becker, Thobias (2018). Integration? Gelingt in Deutschland besser als je zuvor. Interview mit Aladin El-Mafaalani. In: *Spiegel online* 29/2018.http://www.spiegel.de/plus/soziologe-aladin-el-mafaalani-streitkultur-ist-die-beste-leitkultur-a-00000000-0002-0001-0000-000158616315 (29.07.20118)

Esch, Christian; Britta Sandberg (2018). Im Anwerben ist Putin Profi. Interview mit Michail Chodorkowski. In: *Spiegel online* 27/2018. http://www.spiegel.de/plus/michail-chodorkowski-im-anwerben-ist-wladimir-putin-profi-a-00000000-0002-0001-0000-000158147681 (01.08.2018)

Hoffmann, Christiane (2018). Ich habe nicht den Eindruck, dass Deutschland den Ernst der Stunde begriffen hat. Interview mit Garton Ash. In: *Spiegel online* 29/2018. http://www.spiegel.de/plus/historiker-deutschland-hat-den-ernst-der-stunde-nicht-begriffen-a-00000000-0002-0001-0000-000158383058 (20.07.2018)

Koelbl, Susanne (2018). Von hundert Frauen sind vielleicht zwei wirklich frei. Interview mit Aryana Sayeed. In: *Spiegel online* 29/2018. http://www.spiegel.de/plus/aryana-sayeed-aus-afghanistan-es-geht-um-sexuelle-frustration-a-00000000-0002-0001-0000-000158383203 (25.07.2018)

Koelbl, Susanne (2018). Wozu brauchen Sie 300 Millionen Euro in bar?. Interview mit Kamal Kharazi. In: *Spiegel online* 29/2018. http://www.spiegel.de/plus/iran-trump-schuert-eine-iran-phobie-kamal-kharazi-im-interview-a-9956f747-1f4e-4579-9060-2a320c2132e2 (03.08.2018)

Meyer, Coldura (2018). Woran merken Sie, ob ein Asylbewerber lügt?. Interview mit Jan Bergmann. In: *Spiegel online* 27/2018. http://www.spiegel.de/plus/fluechtlinge-in-deutschland-warum-dauern-asylverfahren-so-lange-a-00000000-0002-0001-0000-000158147631 (01.08.2018)

Schult, Christoph (2018). Es stellt sich die Frage, wo und wofür Trump eigentlich steht. Interview mit Niels Annen. In: *Spiegel online* 30/2018. http://www.spiegel.de/plus/niels-annen-es-stellt-sich-die-frage-wo-und-wofuer-trump-eigentlich-steht-a-00000000-0002-0001-0000-000158500327 (25.07.2018)

Verseck, Keno (2018). Du musst so tun, als seist du schon tot. Interview mit Vanja Ćalović. In: *Spiegel online* 30/2018. http://www.spiegel.de/plus/montenegro-du-musst-du-so-tun-als-seist-du-schon-tot-a-9d27f8f5-a329-491d-a03e-b559c6052979 (03.08.2018)

Sekundärliteratur:

Eisenberg, Peter at al. (1995): Duden – Grammatik der deutschen Gegenwartssprache. In: Drosdowski, Günther at al. (Hrsg.): *Der Duden in 12 Bänden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache*. Band 4. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Duden Verlag.

Erben, Johannes (1972): *Deutsche Grammatik. Ein Abriss*. München: Max Hueber Verlag.

Engel, Ulrich (1996): *Deutsche Grammatik.* Heidelberg: Julius Gross Verlag.

Herbert, Genzmer (1995): *Deutsche Grammatik.* Frankfurt a.M. und Leipzig: Insel Verlag.

Heinold, Simone. (2012): Gut durchlesen! – Der deutsche Imperativ und seine funktionalen Synonyme. Ein Vergleich mit dem Finnischen. In: *Deutsche Sprache*. Der Bund 40. S 32-56.

Helbig, Gerhard/ Buscha, Joachim (1991): *Deutsche Grammatik. Ein Handbuch für den Ausländerunterricht*. Leipzig, Berlin, München: Verlag Enzyklopädie. Langenscheidt.

https://www.ph-freiburg.de/fileadmin/dateien/zentral/schreibzentrum/typo3content/Lehre_WS12_13/Schreibzentrum_A5_Heft_Interview.pdf (05.08.2018)

Sažetak i ključne riječi na hrvatskom jeziku

Završni rad obrađuje glagolski način imperativ u njemačkome jeziku. Glavni je dio rada podijeljen na dva dijela. U prvom, teoretskom dijelu, definira se se ovaj zapovijedni glagolski način njegovom upotrebom tj. funkcijama, donosi se pregled tvorbe njegovih oblika te se navode njegove parafraze. Drugi, praktični dio rada, donosi rezultate analize teksta s obzirom na učestalost upotrebe imperativa i imperativnih parafraza, te s obzirom na funkcije koje oni pri tome obavljaju. Analizirano je deset interjvjua iz područja politike, koji su objavljeni u tjedniku *Spiegel*.

Ključne riječi: glagolski način imperativ, oblici imperativa, parafraze imperativa, intervju

Anhang

Interview 1

Interview mit Ursula von der Leyen

Haben Sie sich vom Trump-Schock schon erholt, Frau Ministerin?

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, 59, über den spektakulären Nato-Gipfel, Trumps negative Fixierung auf Deutschland und das Ringen ihrer Partei mit dem Rechtspopulismus. *Von Susanne Beyer, Matthias Gebauer*

27. Juli 2018

SPIEGEL: Frau Ministerin, vor Kurzem haben Sie US-Präsident Donald Trump auf dem Nato-Gipfel aus nächster Nähe erlebt. Dort hat er Deutschland massiv angegriffen, stellte die Nato insgesamt infrage. Schon wieder erholt vom Schock?

Von der Leyen: Wir kannten den Mechanismus, die Provokation als Stilmittel, ja schon. Was wir nicht wussten: Welche Seite zeigt Präsident Trump auf dem Gipfel? Ein US-Präsident, der eine starke Allianz will, um damit nach Helsinki zum Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu fahren? Oder aber einer, der verbal die Axt an die Nato legt? Auch den kennen wir ja. Im Rückblick hat sich gezeigt, beide sind gekommen.

SPIEGEL: Die beiden Gesichter Trumps zeigten sich auch in Bezug auf Deutschland. Auf der einen Seite derbe Kritik. Am Ende dann eine Liebeserklärung an die Kanzlerin. Was zählt denn nun?

Von der Leyen: Wir sollten gelassen akzeptieren, dass Präsident Trump so vielgesichtig auftritt. Wir erleben eine Art Wechselbad aus wüsten öffentlichen Anfeindungen, harten Verhandlungen und manchmal Schmeicheleien. Das Ganze soll ein Maximum an Unruhe stiften, in der Präsident Trump seine Punkte machen kann, nach dem Motto: Kündigung-Drohung-Deal. Entscheidend für uns ist, Ruhe zu bewahren, unsere eigenen Interessen genau zu kennen und die eigene Position in aller Klarheit konsequent zu vertreten.

SPIEGEL: Trump rühmte sich nach dem Gipfel, er habe die Nato mit seinem Druck aufs richtige Gleis gesetzt. Ist seine Strategie doch sinnvoll?

Von der Leyen: Wenn ihm solche Äußerungen bei seinem Publikum daheim helfen – ich halte mich an Zahlen und Fakten. Wir haben uns bei den Verteidigungsausgaben 2014 zum Zwei-Prozent-Ziel bekannt. Die Nato bewegt sich seither in die richtige Richtung, der finanzielle Input ist erheblich gestiegen, die Ausrüstung wird modernisiert, Lücken werden geschlossen, also der Output gestärkt. Das ist das Entscheidende.

SPIEGEL: Zumindest beim Zwei-Prozent-Ziel hat Trump ja recht. Die Nato-Staaten haben bereits 2014 – noch unter Trumps Vorgänger Barack Obama – bei einem Nato-Gipfel in Wales versprochen, dieses Ziel erreichen zu wollen.

Von der Leyen: Dass Präsident Trump von allen Nato-Partnern mehr Anstrengungen fordert – da hat er einen Punkt. Auch Deutschland muss die Bundeswehr dringend besser und vollständig ausstatten.

Deswegen waren unsere Trendwenden der vergangenen Jahre richtig, und wir müssen hier kraftvoll weitermachen. Wenn ich mir unsere Zahlen ansehe, haben wir seit 2014 eine Steigerung des Verteidigungsetats um 30 Prozent bereits erreicht und planen, in der Dekade nach Wales auf gut 80 Prozent zu kommen. Das lässt sich sehen, auch in der Allianz.

SPIEGEL: Ihr Koalitionspartner, die SPD, zieht dabei nicht richtig mit. Höhere Militärausgaben haben auch bei der Bevölkerung wenig Sympathie. Wie wollen Sie raus aus diesem Dilemma?

Von der Leyen: Dieses Bild hat sich doch etwas gewandelt. In der Bevölkerung gibt es sehr wohl Verständnis dafür, dass sich unsere Sicherheitslage dauerhaft verändert. Und dass wir deshalb eine Bundeswehr brauchen, die gemeinsam mit unseren Verbündeten agieren kann. Das ist inzwischen breiter Konsens. Um die Folgen des jahrzehntelangen Heruntersparens unserer Streitkräfte abzuschütteln, bedarf es erheblicher Anstrengungen und auch Zeit.

SPIEGEL: Sie müssen von Jahr zu Jahr kämpfen um die Erhöhung Ihres Etats. Hilft Ihnen Trump mit seinen Drohungen, oder sabotiert er Sie?

Von der Leyen: Weder noch. Es geht nicht um ihn, sondern um unsere schwierige Sicherheitslage. Jeder hat verstanden, dass wir in Europa ganz neuen Bedrohungen ausgesetzt sind. Im Osten durch das Gebaren des Kreml, aber auch im Süden durch den Terror des sogenannten Islamischen Staats oder die Instabilitäten im Nahen und Mittleren Osten oder von Teilen Afrikas. Wir Europäer sind gefordert – in unserem ureigenen Interesse, und nicht, um dem US-Präsidenten zu gefallen.

SPIEGEL: Aber wenn es so wirkt, als beuge sich die Bundesregierung einem wütenden US-Präsidenten, wäre das politisch ein Problem.

Von der Leyen: Das Maß ist nicht er, sondern die Sicherheit unseres Landes.

SPIEGEL: Politische Beobachter sagten nach dem Gipfel, die Europäer wirkten in Brüssel, als würden sie ein Stockholm-Syndrom durchleben. Die Regierungschefs hätten sich gefreut, dass sie nur zweimal und nicht zehnmal von Trump geschlagen worden seien. Empfinden Sie sich als Geisel?

Von der Leyen: Das ist Unsinn. Ich bin ja dabei gewesen, auch bei der nun fast schon legendären Sondersitzung. Das war im Endeffekt eher eine der Sternstunden der Nato. Wohl selten gab es im Nato-Hauptquartier flammendere Plädoyers und eine so intensive Selbstvergewisserung über den Sinn des Gemeinsamen als an diesem Tag. Von den Europäern ebenso wie von der anderen Seite des Atlantiks. Zum Beispiel vom kanadischen Premierminister, der unglaublich überzeugend dargelegt hat, warum es in kanadischem Interesse sei, Soldaten an der lettischen Grenze zu haben, um die baltischen Freunde und somit die ganze Nato zu schützen. Wenn Druck ausgeübt wird, wird man sich seiner Stärke bewusst. Es gab eine beeindruckende Geschlossenheit der Nato-Mitglieder und ambitionierte Beschlüsse dieses Gipfels, die von allen mitgetragen werden, auch den USA.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich, dass sich Trump Deutschland als eine Art Lieblingsfeind rausgepickt hat?

Von der Leyen: Diese Fixierung begleitet ihn ja schon über Jahrzehnte. Lange bevor er Präsident war, hat er bereits über deutsche Autos und deutsche Exporte gesprochen. Seine oft abfällige Art gegenüber Deutschland ist aber alles andere als typisch amerikanisch. Ich war bei meiner letzten US-Reise im Abgeordnetenhaus und im Senat und habe erfahren, mit welcher Leidenschaft sich die Amerikaner über Parteigrenzen hinweg zur Nato bekennen und wie sehr ihnen an der deutsch-amerikanischen Freundschaft liegt, die für viele nicht nur schöne Erinnerung ist, sondern vor allem ein wichtiges Element der Zukunft unserer freien und toleranten Gesellschaften.

SPIEGEL: Kann es sein, dass die Fixierung auf Deutschland damit zu tun hat, dass dieses Land von einer Frau regiert wird?

Von der Leyen: Eine Frau wie Angela Merkel, eine weltweit angesehene Regierungschefin mit langer Erfahrung, kam in seinem Weltbild vermutlich bisher nicht vor. Ihre Art, Konflikte anzugehen, hat schon so manchen Frontalangriff ins Leere laufen lassen und zu einer Lösung geführt. Es ist gut zu sehen, dass sich die Beziehung verbessert hat. Am Anfang wollte er ihr nicht einmal die Hand geben. Inzwischen ist der Umgang respektvoll, er hört ihr zu.

SPIEGEL: In der Gipfelerklärung wird die Bedeutung des Artikels 5 des Nato-Vertrags deutlich unterstrichen. Nur Tage später hat US-Präsident Trump genau diese Beistandspflicht im Fall eines der kleinsten Partner, Montenegro, angezweifelt. Was sind Erklärungen wert, wenn Trump sie kurz darauf wieder infrage stellt?

Von der Leyen: Der US-Präsident hat nach diesen Äußerungen wütende Kritik von allen Seiten, vor allem auch im eigenen Land und dort zudem von seinen eigenen Leuten, einstecken müssen. Da wurde wieder klar: Die Amerikaner schützen den Wesenskern der Nato.

SPIEGEL: Trump scheint Kritik aus den eigenen Reihen nicht zu stören.

Von der Leyen: Der Präsident ist kein Alleinherrscher. Als ich in den USA war, kam ich bei den Abgeordneten und Senatoren kaum zu Wort, so schnell haben sie mich daran erinnert, dass es die Nato war, die sofort nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 an der Seite der USA stand und den Bündnisfall auslöste. Die Nato steht zusammen, das ist weiterhin gemeinsames Interesse beiderseits des Atlantik. Gerade auch weil sie nicht von einem Basta eines Einzelnen bestimmt werden kann.

SPIEGEL: Auf dem Nato-Gipfel ist eine Erklärung verabschiedet worden, die Russland scharf verurteilt. Zwei Tage später traf Trump in Helsinki Russlands Präsidenten Putin und trat mit ihm kumpelhaft auf. Von der Nato-Kritik war nichts zu hören.

Von der Leyen: Die Gipfelerklärung ist von allen, auch den USA, beschlossen worden. Sie gilt also. Helsinki hat wieder gezeigt, dass Russlands Präsident Putin eine klare Strategie hat. Seine wirtschaftliche Schwäche will er dadurch überspielen, dass er sich als globaler Player positioniert. Ein Mittel dafür ist auch, den Konsens der Atlantischen Demokratien, die Nato und die EU zu spalten. Eine klare Strategie des amerikanischen Präsidenten im Umgang mit Russland ist nach dem Treffen indes nicht zu erkennen.

SPIEGEL: Es heißt, Trump habe Putin gegenüber die Gipfelerklärung der Nato gar nicht erwähnt.

Von der Leyen: Das Problem von Helsinki ist doch, dass niemand wirklich weiß, was dort besprochen oder sogar vereinbart worden ist. Gerade deswegen ist es wichtig, dass die Nato sich zuvor klar positioniert hat: Wir wünschen uns ein besseres Verhältnis zu Moskau, aber dafür liegt der Ball im Feld des Kreml.

SPIEGEL: Sie haben in Ihrer Zeit als Familienministerin traditionelle Männerrollen massiv infrage gestellt, die Elternzeit auch für Väter war Ihre Erfindung. Haben Sie damit gerechnet, dass der vielbeschworene alte weiße Mann, der von Trump geradezu ikonografisch verkörpert wird, sich noch einmal derartig Gehör verschaffen und von mehr als der Hälfte der weißen Frauen in den USA gewählt würde?

Von der Leyen: Das ist eine Frage, die ich mir nach seiner Wahl oft gestellt habe. Inzwischen sehe ich, dass es weltweit eine Sehnsucht gibt nach einer einfacheren Ordnung, nach Reduktion von Komplexität. Präsident Trump bedient genau dieses Gefühl. Globalisierung verlangt den Menschen viel ab. Offene

Gesellschaften sind diskussionsfreudig, aber die Suche nach Wahrheit und Wahrhaftigkeit ist auch anstrengend. Viele Meinungen sind zugelassen. Verständigung braucht den Willen, oft auch den Mut zu Verhandlungen. Unsere heutigen Rollenbilder sind auch Ergebnisse permanenter Verhandlungen – zum Beispiel: Wie kann ich Berufstätigkeit und Kinder zusammenbringen? All das hat den Radius enorm erweitert, es ist ebenso mühsam wie der Mühe wert.

SPIEGEL: Im Kleinen, im Verhältnis zwischen Mann und Frau, zeigt sich somit Ähnliches wie im Großen – im Verhältnis zwischen den Staaten? Verhandlungen werden als zu anstrengend empfunden?

Von der Leyen: Zumindest sind manche Muster ähnlich. Im Ringen der europäischen Demokraten mit den Rechtspopulisten stellt sich die Frage: Fallen wir zurück in die alten Muster des Nationalismus, des Egoismus, oder trauen wir uns auch hier zu, ins Unbekannte hinauszugehen, Einflüsse von außen zuzulassen und uns angesichts unserer europäischen Geschichte und Geografie das Gemeinsame zum Ziel zu machen?

SPIEGEL: Den Weg der Modernisierung einer konservativen Partei sind Sie gemeinsam mit Angela Merkel gegangen. Merkel hat im Laufe der vergangenen 13 Jahre einen vernunftbetonten Regierungsstil entwickelt, ist jetzt aber konfrontiert mit Männern, die eine emotionale Politik betreiben. Nicht nur Trump, auch der französische Präsident Emmanuel Macron ist ein Gefühlspolitiker. Hat sich der Regierungsstil Merkels überlebt?

Von der Leyen: Ist Ihnen aufgefallen, dass Sie Männern eine Eigenschaft zuschreiben, die über Jahrtausende mit Frauen sicher nicht schmeichelhaft in Verbindung gebracht worden ist? Das zeigt nur eines: Männer und Frauen sind jeweils nicht besser, sie sind nur anders. Der vernunftbetonte Stil der Kanzlerin ist genauso richtig wie der von den Gefühlspolitikern. Wir brauchen einen breiten Blick auf die Welt. ? Es ist gut, wenn die Menschen, die Verantwortung tragen, sich voneinander unterscheiden. Die Kombination verschiedener Blickwinkel auf das große Ganze eröffnet den richtigen Weg, das ist das Potenzial der Kombination Merkel/Macron.

SPIEGEL: Aber Merkels Strategie, mit Fakten zu punkten, scheint sich im Zeitalter der Fake News überlebt zu haben. Trump hat Merkel zum Beispiel mit falschen Zahlen über eine angebliche Energieabhängigkeit von Russland attackiert. Die Kanzlerin hat das weggelächelt. Wie lange kann sie das noch durchhalten?

Von der Leyen: Wir dürfen uns nicht einlassen auf die Eskalation, allerdings müssen wir den falschen Zahlen konsequent widersprechen: Am Energiemix Deutschlands hat Russland nur einen Anteil von 9 Prozent. Punkt. Und diese Zahl muss man immer gegen die angeblich 70 Prozent halten, die der US-Präsident verbreitet. Sonst verfestigen sich Fake News.

SPIEGEL: In München haben vergangenes Wochenende Zehntausende Menschen dagegen protestiert, dass Ihre Schwesterpartei CSU sich die Wutpolitik der Rechtspopulisten zumindest in Teilen zu eigen macht. Das Problem betrifft also auch Ihr Lager.

Von der Leyen: Die Auseinandersetzung der vergangenen Wochen in der Union war ein klärendes Gewitter. Wir haben in den letzten Wochen in den Abgrund geschaut. Nicht nur wegen der konkreten politischen Themen, sondern der Frage, wo wir uns als Union eigentlich hinbewegen wollen. Das hat dazu geführt, dass wir uns zusammengerissen haben. Denn am Ende ging es nicht nur um den Zusammenhalt der Union, sondern auch um den Europas.

SPIEGEL: Es bleiben die beiden Denkschulen in der Union. CSU-Leute wie Alexander Dobrindt meinen, man müsse den Wutbürgern wieder eine Heimat geben, damit sie nicht noch mehr nach rechts abdriften. Sie aber werben für einen harten Kurs gegen Rechtspopulisten. Wie passt das zusammen?

Von der Leyen: Unsere Kunst in der Union war es immer, mehrere Richtungen zusammenzuhalten. Das ist uns im Streit entglitten in den letzten Wochen. Wir haben in der Union alle verstanden, dass der Bogen überspannt war.

SPIEGEL: Frau Ministerin, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview 2

CSU-Veteran Gauweiler im Interview

"Merkel bleibt oben, egal, was kommt"

Der CSU-Veteran Peter Gauweiler, 69, spricht über die Wendigkeit der Kanzlerin, die Krise seiner Partei und die Empfindlichkeit der bayerischen Seele. *Von Melanie Amann, René Pfister*

20. Juli 2018

SPIEGEL: Herr Gauweiler, Sie sind seit 50 Jahren in der CSU, Sie waren Minister, Strauß-Intimus, Parteirebell. Können Sie sich erinnern, dass die Partei je zuvor in einer Krise wie der aktuellen gesteckt hat?

Gauweiler: O ja, früher ging es noch viel härter zu. Nicht nur sprachlich, sondern auch was die inhaltlichen Entzweiungen anging, vom Trennungsbeschluss in Wildbad Kreuth bis zur Frage von Kanzlerkandidaturen. Auch die Debatten der Fünfzigerjahre zwischen kirchlich-konservativen und liberal-konservativen CSU-Kreisen wurden mit einer Schärfe geführt, die viele Herrschaften heute gar nicht mehr ertragen würden.

SPIEGEL: Für Ihre Beispiele muss man schon sehr tief ins Parteiarchiv steigen.

Gauweiler: Die Lage war sicher schon besser. Aber die CSU ist trotzdem bis heute ein Spiegelbild des Bayerischen.

SPIEGEL: Glaubt man den Umfragen, ist die CSU nur noch ein Spiegelbild von 38 Prozent der bayerischen Wähler.

Gauweiler: Auch diese Tiefen haben wir schon bei den Wahlen in den Fünfzigerjahren unterschritten.

SPIEGEL: Dann dürfen wir also in etwa 60 Jahren mit einem Comeback der CSU rechnen.

Gauweiler: Da müssen Sie nicht 60 Jahre warten, sondern nur bis zur Landtagswahl. Ich wette, dass wir die absolute Mehrheit erreichen.

SPIEGEL: Das ist sehr wagemutig von Ihnen.

Gauweiler: So ängstlich kenne ich den SPIEGEL gar nicht! Dabei müssen Sie nur in Ihr Archiv schauen. Nach der SPIEGEL-Affäre, die Franz Josef Strauß das Amt des Verteidigungsministers gekostet hat, sagten auch alle, die CSU sei am Ende. Aber dann kam einer der größten Wahlerfolge. Willy Brandt sagte später in einer Mischung aus Empörung und Resignation: In Bayern gehen die Uhren anders.

SPIEGEL: Mit etwas Distanz betrachtet: Wie konnte der Streit von CDU und CSU über die Flüchtlingspolitik dermaßen außer Kontrolle geraten?

Gauweiler: Manchmal qualmt der Zorn mächtig, das ist nicht unbayerisch. Wenn dann auf der anderen Seite die große kühle Maria Theresia aus dem Norden steht, die schon alles und alle überstanden hat, haben es unsere Leute eben nicht leicht. Aber unser Zorn verraucht auch wieder schnell.

SPIEGEL: Nachdem der Rauch sich verzogen hat, zeigt sich: Die CSU hat verloren.

Gauweiler: Keinesfalls. Eben waren wir bei den Haltungsnoten, jetzt geht es an die inhaltliche Bewertung. Gönnen Sie mir doch das gute Gefühl, die CSU endlich wieder verteidigen zu können: Im vergangenen Vierteljahr haben unsere Leute einen Koalitionsvertrag mit der SPD durchgesetzt, der klar CSU-Handschrift trägt, mit dem sich die Sozialdemokratie in der Innenpolitik wieder in die Tradition von Otto Schilys Sicherheitsgesetzen begibt. Es wird ein strengeres Grenzregime und schnellere Abschiebungen geben, und auf EU-Ebene haben 28 Staaten auf unseren Druck hin eine neue Tonlage angestimmt. Eine "europäische Lösung" der Migrationsfrage bedeutet heute eine restriktive Lösung.

SPIEGEL: Nur hat die CSU völlig andere Schritte versprochen und ihre Glaubwürdigkeit damit verknüpft. Ständig hieß es: Europäische Lösungen funktionieren nicht. Wenn Angela Merkel nicht binnen zwei Wochen liefert, weisen wir Flüchtlinge einseitig an der deutschen Grenze zurück. Nichts davon ist eingetreten.

Gauweiler: Sie lassen sich vom Affentanz in Berlin ablenken, wie alle Hauptstadtjournalisten.

SPIEGEL: Markus Söder hat es zum "Endspiel um die Glaubwürdigkeit" erklärt, dass es Zurückweisungen an der Grenze geben soll. Die wird es vorerst nicht geben.

Gauweiler: Niemand kann bestreiten, dass die vergangenen Wochen Schatten geworfen haben. Wir haben aber jetzt inhaltlich eine völlig neue Debatte, einen veritablen Mentalitätswechsel in Deutschland und Europa, den Horst Seehofer im Parforceritt erwirkt hat. Dazu kommt die Wiedereinführung der Grenzpolizei in Bayern, die ich schon lange fordere, deren Beamte nun von ihrem Zentrum in Passau aus den Dienst antreten.

SPIEGEL: Die dürfen freilich nur auf Berliner Weisung tätig werden.

Gauweiler: Das ist unser Schicksal seit 1871. Natürlich ist das alles mühselig, alles kleine Schritte, aber die sind besser als große Sprüche. Unter dem Strich erleben wir eine Wende im Kopf, und deren Umsetzung liegt in den Händen eines Bundesinnenministers und eines bayerischen Innenministers, die beide von der CSU sind. Die werden gut liefern können.

SPIEGEL: Nach der Bundestagswahl hatten Sie Horst Seehofer noch den Rücktritt nahegelegt. Mit Verlaub, haben vielleicht nur Sie die Wende im Kopf vollzogen?

Gauweiler: "Horst, es ist Zeit", diese Aussage habe ich getätigt, weil es unumgänglich war, dass die CSU Konsequenzen aus dem blamablen Abschneiden bei der Bundestagswahl zieht. Anders als die CDU haben wir diese Diskussion geführt, bekanntlich mit harten Konsequenzen für die Betroffenen an der bayerischen Staatsspitze. Nur was das Parteiamt angeht, hat Seehofer sich anders entschieden und unter Beweis gestellt, dass es ein Leben nach dem politischen Tode gibt.

SPIEGEL: Im Asylstreit kündigte er seinen Rücktritt an, trat dann davon wieder zurück. Wie glaubwürdig ist man damit?

Gauweiler: Sie sprechen hier mit einem erfahrenen Zurücktreter. Meine Haltung ist: Man darf die Leute und sich selbst nicht betrügen. Wenn ich nichts mehr durchsetzen kann, muss ich die Konsequenzen ziehen. Aber genauso richtig ist auch, dass ein guter Politiker mehrere Tode vor dem eigentlichen Tod sterben muss. Es wollte ja die Mehrheit, dass Seehofer Parteichef bleibt. Ich hätte mir ein Plebiszit in der CSU gewünscht, aber es fehlte der Gegenkandidat. Also darf man sich nicht beklagen, wenn Seehofer einfach stehen bleibt.

SPIEGEL: Ging es beim Asylstreit nicht vor allem darum, Merkel zu stürzen?

Gauweiler: Das hat sicher auch eine Rolle gespielt. Merkels Alternativlosigkeit in ihrer Partei ist ja auch ein Problem. Die CDU wird in Zukunft ein Headhunting im eigenen Laden machen müssen, damit ihr Personal endlich wieder die ganze Breite an Begabungen abbildet.

SPIEGEL: Fehlt den CDU-Rebellen der Kampfgeist?

Gauweiler: Klar, kämpfen muss man, aber es muss auch eine Form geben, die solche demokratischen Kämpfe überhaupt zulässt. Ich habe den Bundestag verlassen, weil ich gemerkt habe, dass durchweg alle Entscheidungen ganz woanders getroffen werden. Dass das Parlament mehr und mehr Dekoration wird, ist ein ganz großes Übel unserer Zeit.

SPIEGEL: Die CSU-Revolte hat jedenfalls nichts gefruchtet, die Wagenburg der CDU ist geschlossen und Merkel wieder stark.

Gauweiler: Das ist sicher eine gemütliche Wagenburg, wo sich Insassen wie Armin Laschet und Jens Spahn gegenseitig bewachen, viel Vergnügen! Ich vermute, das Thema bleibt uns erhalten.

SPIEGEL: Trotzdem erinnert der Unions-Streit an ein Bonmot von Helmut Kohl: "Wenn der bayerische Löwe brüllt, verbreitet er nur noch Mundgeruch."

Gauweiler: Sehr charmant! Der bayerische Löwe steht ziemlich kräftig da, mit sehr guten Zähnen. Aber was stimmt, ist: Seehofer ist Merkel in die Falle gegangen.

SPIEGEL: Wie sah diese Falle aus?

Gauweiler: Sie wurde öffentlich im Fernsehen gestellt, bei Anne Will. In dem Interview kam erstmals die Frage nach dem "Masterplan". Da gab die Kanzlerin mit liebenswürdigstem Lächeln bekannt, dass es leider, leider noch Abstimmungsbedarf bei diesem Plan und mit dem verantwortlichen Innenminister gebe. Und unser Horst saß in der medialen Falle. Er durfte in den nächsten Tagen niemandem seinen Plan zeigen, und Merkels Büchsenspanner sorgten dafür, dass sich darüber alle vor Lachen schüttelten.

SPIEGEL: Der arme Horst.

Gauweiler: Es ging ja noch weiter: Am Mittwoch darauf stand der sogenannte Integrationsgipfel an, ein typischer Werbeagenturtermin. Seehofer hatte zu Recht abgesagt, weil da eine Lady auftreten sollte, die seine Heimatpolitik in die Nähe von "Blut und Boden" gestellt hatte. Wen sah man dann abends in den Nachrichten, auf dem Ehrenplatz neben der Kaiserin? Genau: diese Journalistin. Das war der nächste Pfeil.

SPIEGEL: Vielleicht sollte Seehofer einfach nicht so empfindlich sein.

Gauweiler: Selber schuld, sagt der sonst so einfühlsame SPIEGEL. Mal ehrlich: Wie hätten Sie reagiert?

SPIEGEL: Die Falle von Merkel war also, dass sie zu wenig Rücksicht auf Seehofers Gemütslage genommen hat?

Gauweiler: Hier wurde eiskalt emotional eskaliert. Gegenüber einem Mann, der erst vor sechs Monaten einen politischen Teiltod erlitten hatte, der als CSU-Chef in wenigen Wochen eine schwierige Wahl bestehen wird müssen. Sie können sagen, dass Seehofer eine Schwäche für persönliche Eskalationen hat. Abgesehen davon, dass wir das alle haben: Angela Merkel spielte mit dieser Schwäche.

SPIEGEL: Trotzdem ist es kein angenehmer Gedanke, dass die Emotionen einzel-ner Personen eine Regierung an den Rand des Abgrunds bringen.

Gauweiler: Willy Brandt ist im Streit um eine Pressereferentin zurückgetreten. Auch in der Politik kann der Flügelschlag eines Schmetterlings einen Orkan auslösen. Aber hier zählt eben auch, wer die Ursache gesetzt hat.

SPIEGEL: Hat Merkel nicht einfach stärkere Nerven als nahezu alle Unionsmänner?

Gauweiler: Sie ist viel uneitler als die Berliner Mannsbilder zusammen, das ist ein großer Vorteil, und sie kommt aus einer Gemeinschaft mit moralisch-protestantischem Violinschlüssel. So ein Leben muss man als Familie erst mal durchstehen: in die DDR rüberzugehen und dort das Evangelische durchzuhalten, aber sich mit dem System zu arrangieren. Merkel hat damals Prüfungen bestanden, vor denen andere Menschen nie stehen. Und so geht sie eben beim Mauerfall demonstrativ cool in die Sauna, während alle anderen sich in den Armen liegen. Wenn ich sie Maria Theresia nenne, ist das durchaus als Kompliment gemeint. Aber die Wittelsbacher hatten es unter Maria Theresia eben auch schwer.

»Sie können sagen, Seehofer hat eine Schwäche für persönliche Eskalationen. Merkel spielte damit.«

SPIEGEL: Hinter dem Asylstreit stand die fundamentale Frage, ob die Union für den demokratischen rechten Rand zuständig ist. Die CDU sagt Nein, die CSU Ja.

Gauweiler: Stimmt, und meine Antwort kennen Sie. Es muss in einer Demokratie, die von kontroversen Debatten lebt, auch eine demokratische Rechte geben dürfen. Neulich habe ich in der "Süddeutschen Zeitung" über eine junge lesbische Frau mit Migrationshintergrund gelesen, die in der CDU-Reformkommission sitzt. Die wurde mit dem Satz zitiert: "Ich habe das Gefühl, ich stehe hier, und die CDU kommt mir immer mehr entgegen." Das ist mit Sicherheit so. Aber ich wünsche mir von der CDU ein Nachdenken, von wem sie sich dabei immer mehr entfernt. Wir hatten früher die Metapher von der Partei als "Leuchtturm". Die CDU muss aufpassen, dass sie kein Leuchtturm auf Rädern wird.

SPIEGEL: Vielleicht kann die Union in einer modernen, individualisierten Gesellschaft nicht mehr alle abbilden.

Gauweiler: Wir haben doch als Union immer alle abgebildet, wir waren keine Partei, sondern eine Sammelbewegung, die wie ein großer Biergarten die unterschiedlichsten soziologischen Gruppen zusammenführt. Und da gehört die freiheitliche Rechte dazu, das müsste beispielsweise Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier von seinem Ziehvater Alfred Dregger und dessen "Stahlhelm-Fraktion" gelernt haben. Auch wenn er jetzt mit den Grünen koaliert.

SPIEGEL: Wenn die CDU die Rechte nicht mehr will – ist es nicht Zeit, dass die Schwesterparteien getrennte Wege gehen?

Gauweiler: Nein. Die Diskussion haben wir zweimal sehr intensiv geführt, einmal in den Siebzigerjahren und noch mal 1990. Ich war 1976 für die Trennung, und 1990 wollte ich, dass wir in den neuen Ländern eigenständige CSU-Formationen gründen.

SPIEGEL: Was spricht dagegen, es jetzt zu tun?

Gauweiler: 1990 hatte sich ein weißer Fleck auf der parteipolitischen Karte aufgetan. Das ist vorbei. Heute konzentrieren wir uns auf die alt-neue Kraft einer großartig gewachsenen Regionalität, die Bavarität. Small is beautiful. Und Europa als die Schweiz der Welt. Außerdem geben mir Entwicklungen wie in Italien schon zu denken. Ist das wirklich die Zukunft?

SPIEGEL: Was genau meinen Sie?

Gauweiler: Unsere einst größte und wichtigste Schwesterpartei, die Democrazia Cristiana, war Italiens Stabilitätsanker. Sie ist verschwunden, es gibt sie nicht mehr. Wo die Christlichen-Demokraten waren, klafft ein so tiefer Schlund, da erkennen Sie den Boden gar nicht mehr. Stattdessen regiert dort jetzt eine Koalition quasi aus Piratenpartei und AfD. Lassen Sie einen alten Konservativen wie mich sagen: Dafür dürfen wir unsere Union nicht aufs Spiel setzen. Das geht sonst an die demokratische Substanz in Deutschland.

SPIEGEL: Die CSU hat mit Ihnen als Galionsfigur bei der Europawahl 2014 eher schwach abgeschnitten. Sind die Deutschen einfach zu liberal und europafreundlich für die Gauweiler-CSU geworden?

Gauweiler: Galionsfigur, na ja, ich habe mich breitschlagen lassen, einige Veranstaltungen zu machen. Bei der Bundestagswahl wenige Monate zuvor waren wir mit einem EU-kritischen Programm, das ich maßgeblich geschrieben hatte, noch sehr erfolgreich. Im Europa-Wahlkampf haben die Leute uns diese Positionen nicht mehr abgenommen, weil der Spagat zur Spitzenmannschaft um Jean-Claude Juncker zu groß war. Aber was heißt das für mich? Als Politiker ist man Wellenbrecher, der sich auch gegen negative Trends stemmen muss. Es sei denn, man heißt Angela Merkel, die ist eine Wellenreiterin, und zwar die beste der Welt. Sie bleibt oben, völlig egal, wo die Welle herkommt und wo sie hingeht.

SPIEGEL: Herr Gauweiler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview 3

Niels Annen im Kurzinterview

"Es stellt sich die Frage, wo und wofür Trump eigentlich steht"

Außen-Staatsminister Niels Annen, 45 (SPD), fordert, die deutsch-amerikanischen Beziehungen neu zu definieren. *Von Christoph Schult*

20. Juli 2018

SPIEGEL: Der amerikanische und der russische Präsident haben sich in Helsinki zum Gipfel getroffen. Das müsste einem sozialdemokratischen Außenpolitiker doch gefallen – oder?

Annen: Ich komme mir manchmal vor wie in einer verkehrten Welt: Gerade wir Sozialdemokraten haben immer gefordert, dass es auf Spitzenebene einen Dialog zwischen den USA und Russland geben sollte, es sind immerhin die beiden größten Atommächte. Aber das Treffen von Helsinki hat mich zutiefst irritiert. Erst erklärt Trump Deutschland auf dem Nato-Gipfel zum Gegner, dann trifft er den russischen Präsidenten in offenkundig sehr gelöster und freundschaftlicher Atmosphäre. Es stellt sich die Frage, wo und wofür Trump eigentlich steht.

SPIEGEL: Inzwischen hat Trump seine prorussischen Aussagen aber teilweise zurückgenommen, es habe sich um einen "Versprecher" gehandelt.

Annen: Das ist wenig glaubwürdig. Die Überzeugungskraft des Westens hängt davon ab, dass Europäer und Amerikaner gegenüber Russland mit einer Stimme sprechen. In der Vergangenheit hat das gut funktioniert: Wir haben nach der Annexion der Krim unsere Sanktionen gegen Russland mit Washington abgestimmt. Bei Iran haben wir sogar zusammen mit Russland das Atomabkommen erreicht. Jetzt wendet sich Trump von den eigenen Verbündeten ab, nicht nur rhetorisch, sondern auch in der Substanz.

SPIEGEL: Wie sollte Deutschland darauf reagieren?

Annen: Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von uns, dass wir eine selbstbewusste Antwort auf die ständigen Provokationen des US-Präsidenten geben. Es reicht nicht, nur den Ton zu verschärfen. Wir müssen unser Verhältnis zu den USA neu definieren. Wir müssen unsere Interessen und Werte verteidigen. Wir müssen Europa stärken. Und wir müssen mehr auf andere Partner zugehen. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan ist dafür ein gutes Beispiel.

SPIEGEL: Die Konsequenz heißt, weniger Dialog mit den USA?

Annen: Nein, wir müssen den Dialog sogar intensivieren, aber jenseits des Weißen Hauses. Wir müssen innerhalb der USA die Kräfte unterstützen, die an den traditionell guten Beziehungen zu Deutschland festhalten wollen. In der Handelspolitik sind das beispielsweise die Gouverneure, Abgeordneten und Senatoren, die in ihren Bundesstaaten deutsche Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen haben.

SPIEGEL: Ihr Parteifreund, der frühere Außenminister Sigmar Gabriel, hat gesagt, Trump wolle einen Regimewechsel in Deutschland. Teilen Sie diese Befürchtung?

Annen: Ich fand es jedenfalls befremdlich, dass der US-Botschafter gegenüber der rechtspopulistischen Internetplattform Breitbart erklärt hat, er wolle die konservativen Kräfte in Europa stärken. Wir erleben, dass sich eine Reihe von Ländern in die europäische Innenpolitik einmischt. Das müssen wir klar

zurückweisen, egal ob es sich dabei um Russland oder die USA handelt. Der Zusammenhalt Europas ist unser nationales Kerninteresse.

SPIEGEL: In einem Punkt scheinen die Fakten allerdings für Trump zu sprechen. Die Nato hat vereinbart, dass sich alle Verbündeten bis zum Jahr 2024 auf das Ziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben zubewegen, Deutschland hat aber nur 1,5 Prozent zugesagt.

Annen: Deutschland hat bei Ausstattung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr Defizite. Das haben wir aber schon vor Trump erkannt. Deswegen sieht die mittelfristige Finanzplanung eine milliardenschwere Erhöhung des Rüstungsetats vor.

SPIEGEL: Aber 1,5 Prozent sind nun mal nicht 2 Prozent.

Annen: Im Beschluss von Wales heißt es, dass die Nato-Staaten dieses Ziel bis 2024 anstreben. Im Übrigen ist es keine gute Politik, ein komplexes Problem auf eine symbolische Zahl zu reduzieren. Wir sehen ja weltweit, dass man Krisen und Konflikte nicht allein mit Militär bewältigen

Interview 4

Afghanistans Popstar Aryana Sayeed im Interview

"Von hundert Frauen sind vielleicht zwei wirklich frei"

Aryana Sayeed, 33, ist der einzige international bekannte Popstar Afghanistans – von der Jugend vergöttert, gejagt von den Taliban. Den Fanatikern setzt sie ihre feministische Mission entgegen. *Von Susanne Koelbl*

13. Juli 2018

SPIEGEL: Sie sind schön, erfolgreich, unabhängig, aber religiöse Führer möchten Sie deshalb lieber tot sehen. Wie leben Sie mit der Angst?

Sayeed: Während meiner Zeit als Jurorin bei den Talentsendungen Afghan Star und Voice of Afghanistan waren die Todesdrohungen am schlimmsten. Fünf Mullahs erließen in einer religiösen Talkshow eine Fatwa gegen mich, sie sagten, "wer den Kopf dieser Frau bringt, wird unmittelbar in den Himmel aufsteigen". Ich kriege heute noch Gänsehaut. Extremisten haben in der Zeit, in der wir drehten, bei einem Anschlag gegen den Sender Tolo-TV, der diese Sendungen produziert, acht Kollegen umgebracht.

SPIEGEL: Woher kommt der Hass?

Sayeed: Radikale Mullahs sagen, diese Frau kommt aus Europa und will euren Frauen Flausen in den Kopf setzen. Ich lehre den Frauen ihre Rechte, dass sie stark sein, unabhängig werden sollen, aufstehen gegen das Unrecht. Aber viele Männer wollen sie als Putzfrauen und Gebärmaschinen behalten, deshalb versprechen sie jungen Männern 72 Jungfrauen im Paradies, damit sie sich in die Luft jagen, um zu verhindern, dass sich die Frauen befreien. Das ist Gehirnwäsche.

SPIEGEL: Wer will schon 72 Jungfrauen?

Sayeed: Die Extremisten spielen mit der sexuellen Frustration junger Männer. Auf den Straßen Afghanistans sehen Sie bis heute zu 99 Prozent nur Männer. Wenn eine Frau in Burka die Straße entlang läuft, dann starren Männer auf deren blanke Hände und Füße, weil ihre Mütter und Schwestern die einzigen Frauen sind, mit denen sie umgehen. Die Jugendlichen sind so hungrig, so durstig, auch nur einen Blick auf eine Frau zu erheischen.

SPIEGEL: Hunderttausende junge Männer aus Afghanistan kamen mit der Flüchtlingswelle vor zwei Jahren auch nach Deutschland. Wie besorgt sollten Eltern sein, wenn sich ihre Tochter mit einem jungen Afghanen befreundet?

Sayeed: Die absolute Mehrheit der Afghanen sind unschuldige, anständige Menschen, die niemandem je etwas zuleide tun würden.

SPIEGEL: Vereinzelt gab es schwere Gewalttaten gegen Mädchen durch Flüchtlinge. Das hat die Bereitschaft, sich für Geflüchtete einzusetzen, in der deutschen Bevölkerung deutlich reduziert.

Sayeed: Mag sein, dass ein paar, die jetzt, da sie Zugang zu Frauen haben, ihre Grenzen überschreiten und sich nicht kontrollieren können. Aber wegen des Fehlers Einzelner sollten Sie kein ganzes Volk verurteilen. Das größte Problem dieser Männer ist der Mangel an Bildung.

SPIEGEL: Hat sich denn überhaupt nichts geändert 17 Jahre nachdem die Taliban vertrieben wurden und nach der Investition von zahllosen Milliarden Euros im Land?

Sayeed: Fortschritt geschieht dort sehr, sehr langsam. Als ich vor acht Jahren zurückkehrte, gab es kaum Frauen in TV-Stationen oder anderswo, jetzt sind es einige mehr geworden.

SPIEGEL: Als einziger internationaler Popstar geben sie dort regelmässig Konzerte, in engen Kostümen, Highheels. Ihre Feinde werfen Ihnen vor, die Kultur zu beschmutzen und schamlos zu sein.

Sayeed: Anfangs hat mich das sehr getroffen, ich fühlte mich tatsächlich für einen Moment beschmutzt, als wäre ich nackt. Bis ich mir selbst sagte, ich mache gar nichts falsch, meine Kleidung ist völlig in Ordnung und ich unterstütze die Mehrheit, die anders leben will. Jetzt fokussiere ich auf diese Mehrheit, und siehe da, anfangs, wenn ich ein Foto auf sozialen Medien geposted habe, waren von 2000 Kommentaren 1000 negativ, heute sind von 1000 Kommentaren nur noch 100 negativ. Es bewegt sich etwas.

SPIEGEL: Wie ist das Leben der Frauen heute in Afghanistan?

Sayeed: So viele junge Frauen kommen zu mir und erzählen mir von Frauen, die gefoltert werden, getötet, von ihren Männern geschlagen, junge Mädchen werden zwangsverheiratet. All das geschieht dort ständig, täglich. Selbst die Mädchen, die rausgehen, ihr eigenes Geld verdienen, sind nicht wirklich unabhängig, auch sie gehorchen Männern, müssen Befehle befolgen. Von hundert Frauen in Afghanistan sind vielleicht zwei wirklich frei.

SPIEGEL: In ihren Texten und Videos fordern Sie die Frauen auf, zu kämpfen. Wie soll das gehen unter diesen Umständen?

Sayeed: Ich ermutige sie, ihre Möglichkeiten zu suchen, und seien sie noch so klein, wie in meinem Lied „Champion“, das die Frauen eben nicht als arm und schwach zeigt. Die Frauen sollten sich zusammentun, sich gegenseitig helfen, sie müssen aufstehen für ihre Rechte. Bildung ist der Schlüssel heraus aus diesem Gefängnis. Natürlich ist all das so schwierig dort, auch sehr traurig.

SPIEGEL: Was ist eigentlich los mit den afghanischen Männern, warum behandeln sie ihre Frauen und Mädchen so?

Sayeed: Das wüßte ich selbst gerne und natürlich sind nicht alle Männer so, mein Manager zum Beispiel. Er schämt sich nicht dafür, eine Frau zu unterstützen. Er beschützt mich, er ist stolz auf das, was ich tue. Das tut gut.

SPIEGEL: Sie selbst flohen 1994 als Sechsjährige vor den Taliban mit ihrer Familie nach Pakistan, später in die Schweiz, dann nach England. Wie war Ihr Leben als Flüchtling?

Sayeed: Sehr hart. Wir lebten in Flüchtlingscamps, zeitweise war ich allein, von der Familie getrennt, die neuen Sprachen zu lernen war schwierig, aber ich habe es geschafft. Das Wichtigste ist, nie aufzugeben, optimistisch zu bleiben, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich einem bieten, neue

Freundschaften einzugehen. Heute bin ich sehr glücklich und dankbar, dass unser Vater uns da rausgeholt hat.

SPIEGEL: In der afghanischen Exil-Gemeinde haben Sie Hunderttausende Fans, am liebsten aber treten sie in Afghanistan auf. Warum?

Sayeed: Vergangenes Jahr gab ich drei Konzerte in der Provinz Bamyan. Meine Gegner kämpften dafür, dass ich nicht auftrete, als einzige Frau unter mehreren Musikern. Am Ende sagten sie, wenn sie auftritt, dann wenigstens ohne Musik. Ich sang "Lady of the Land of Fire", acapella, ein wirklich kämpferisches Lied. Ich denke, ich habe dort einen wichtigen Punkt gemacht.

SPIEGEL: Ist es das Risiko wert?

Sayeed: Die Gefahr ist mir sehr bewußt, dort kann mich niemand wirklich schützen. Aber wenn ich Millionen Menschen Hoffnung gebe, die sich verloren fühlen, weil alle weggegangen sind, dann ist es das wert.

Interview mit Historiker Garton Ash

"Ich habe nicht den Eindruck, dass Deutschland den Ernst der Stunde begriffen hat"

Timothy Garton Ash, 63, spricht im Interview über die Krise des Westens und die gefährliche Sorglosigkeit der Deutschen. *Von Christiane Hoffmann*

13. Juli 2018

SPIEGEL: Herr Garton Ash, gibt es den Westen eigentlich noch?

Garton Ash: Als Geschichte, als Kultur und als Wertegemeinschaft schon. Als geopolitischen Akteur gibt es ihn im Moment nicht.

SPIEGEL: Sie sagen "im Moment" – halten Sie die Krise des Westens für eine vorübergehende Erscheinung?

Garton Ash: Ich glaube nicht, dass es mit dem Westen als geopolitischem Akteur ganz vorbei ist. Es ist durchaus möglich, dass Donald Trump die nächsten Wahlen verliert. Und die Verbindungen sind alle noch da: die Nato, andere internationale Institutionen, die wirtschaftlichen Verflechtungen.

SPIEGEL: Wenn Trump abgewählt wird, ist also alles wieder gut?

Garton Ash: Nein, keinesfalls. Der Westen entstand im Krieg gegen Nazideutschland und bestand weiter im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion. Als der gemeinsame Gegner weg war, wurde es schwierig. Heute sehen doch viele Europäer in Trump den gemeinsamen Gegner.

SPIEGEL: Trump stellt nicht nur den Westen infrage, sondern die gesamte internationale Ordnung.

Garton Ash: Alle tun jetzt so, als hätte es nach der Nachkriegsordnung eine vollkommene internationale liberale Ordnung gegeben. Aber die gab es gar nicht, sie war ein Traum, eine Vision der Neunzigerjahre. Hinter uns liegt ein Vierteljahrhundert, in dem wir versucht haben, aus dem Westen heraus eine internationale Ordnung aufzubauen. Wir sind damit ziemlich weit gekommen, es gibt heute mehr Demokratie in der Welt als jemals zuvor. Aber jetzt kommt die antiliberale Konterrevolution, und zwar von allen Seiten gleichzeitig: von Wladimir Putin, von Xi Jinping, von Recep Tayyip Erdoğan, von Donald Trump und auch von Viktor Orbán.

SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum sich Trump ausgerechnet Deutschland als Feindbild gewählt hat?

Garton Ash: Fragen Sie lieber Sigmund Freud. Rationale Erklärungen – deutscher Handelsüberschuss, weniger als zwei Prozent Verteidigungsetat, Nord Stream 2 – bringen uns nicht viel weiter. Wenn Merkel Trump mehr geschmeichelt hätte, bekäme Deutschland vielleicht freundlichere Tweets. In der Substanz würde das wenig ändern.

SPIEGEL: Die Gegner des Westens kommen nicht nur von außen, sondern auch von innen. Wodurch wird die westliche Demokratie stärker herausgefordert: durch die Rechtspopulisten oder den Aufstieg Asiens mit seinen autoritären Regierungen?

Garton Ash: Im Moment kommen die größeren Gefahren von innerhalb des Westens. Aber wenn die Historiker in 50 Jahren die Geschichte unserer Zeit schreiben, wird der Titel des Kapitels wohl heißen: "Der Aufstieg Chinas". Geopolitisch wird das die große Geschichte unserer Zeit sein.

SPIEGEL: Ist denn China nur eine geopolitische Herausforderung? China stellt doch inzwischen auch die Systemfrage.

Garton Ash: Absolut. Lange gab es keine globale ideologische Konkurrenz zur liberalen Demokratie. Der politische Islam war in bestimmten Gegenden ein bedeutender Gegner, aber nicht global. Mit China haben wir zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges eine ernsthafte ideologische Konkurrenz. Das merkt man in Afrika oder Lateinamerika.

SPIEGEL: China fordert die westliche Demokratie politisch heraus, weil es politische Legitimität nicht durch demokratische Wahlen, sondern durch Effizienz begründet.

Garton Ash: Politikwissenschaftler unterscheiden zwischen prozeduraler Legitimität und Ergebnislegitimität. Aber dazu kommen in China noch ein paar andere Elemente wie Nationalismus und Souveränität.

SPIEGEL: Wie gefährlich ist die chinesische Konkurrenz für die westliche Demokratie?

Garton Ash: Vor zehn Jahren haben die Chinesen gesagt, das chinesische Modell sei für China, aber nicht für den Westen, im Gegensatz zu den Amerikanern, die ihr Modell in die ganze Welt exportieren wollen. Heute sagt Xi Jinping ausdrücklich, dass er das chinesische Modell exportieren wolle. Aber das hat auch seine gute Seite: Konkurrenz belebt das Geschäft.

SPIEGEL: Wo sehen Sie das?

Garton Ash: Ich hoffe darauf. Wir haben im Westen einiges verschlafen, weil wir keine größere Konkurrenz hatten. Was wir nach 1945 in der westeuropäischen Sozialdemokratie aufgebaut haben, den Wohlfahrtsstaat, überhaupt das europäische Modell, haben wir in Konkurrenz zur Sowjetunion im Kalten Krieg aufgebaut. Und vieles, was falsch gelaufen ist, beispielsweise in der Wirtschaft, in der Finanzwelt, die Extreme der Globalisierung und Ungleichheit, passierte, als es kein konkurrierendes System mehr gab. Jetzt haben wir den Konkurrenten.

SPIEGEL: Und in Osteuropa gibt es nicht wenige, die die autoritäre Konkurrenz ganz attraktiv finden.

Garton Ash: Viktor Orbán zum Beispiel. Aber es ist ein großer Irrtum zu glauben, was in Polen und Ungarn geschehe, sei weit weg, Osteuropa sei doch nie ganz das Europa der Aufklärung gewesen. Tatsächlich gibt es Ungarn jetzt in Großbritannien, Ungarn ist in Frankreich, überall gibt es genau die gleichen Phänomene. In den Niederlanden, in Österreich und jetzt erst recht in Bayern ...

SPIEGEL: Was hat der liberale Westen falsch gemacht? Hätten die letzten 30 Jahre anders verlaufen können, wenn man bestimmte Fehler vermieden hätte, oder war die Krise des Westens zwangsläufig?

Garton Ash: Wenn Sie mehr als 30 Jahre eine erfolgreiche liberale Revolution haben, kommt fast zwangsläufig eine Gegenrevolution. Aber wir haben auch manches falsch gemacht. Um nur ein paar Fehler aufzuzählen: Wir haben das Bedürfnis der Menschen nach Gemeinschaft und Identität vernachlässigt, das sieht man in der Migrations- und der Islamdebatte. Und wir haben Solidarität und Gleichheit vernachlässigt, und zwar nicht nur wirtschaftliche Gleichheit, sondern auch die Gleichheit der Aufmerksamkeit und der Chancen. Der Teil unserer Gesellschaften, der zur Uni gegangen ist, fühlt sich gut in einer offenen kosmopolitischen Welt, aber der andere Teil fühlt sich vernachlässigt, marginalisiert, ignoriert, verachtet. Und das ist ein Fehler der liberalen Eliten.

SPIEGEL: Ist denn das Bedürfnis nach Gemeinschaft und Identität mit Liberalismus vereinbar?

Garton Ash: Die klassische, republikanische Antwort ist der liberale Nationalstaat wie in Frankreich: l'État-nation, die Staatsnation, nicht völkisch oder ethnisch definiert, sondern über die Staatsbürgerschaft.

SPIEGEL: Das kann in einem vereinten Europa nicht die Zukunft sein.

Garton Ash: Wir haben in der europäischen Integration die Köpfe mitgenommen, aber die Herzen nicht. Die Identität ist immer noch weitgehend national.

SPIEGEL: Heißt das, um dem Bedürfnis nach Identität gerecht zu werden, müssen wir zurück zum Nationalstaat?

Garton Ash: Nein! Aber wir müssen das Problem verstehen, dass die Herzen nicht mitgekommen sind. Wir Liberalen dürfen Begriffe wie Heimat, Heimatliebe, Patriotismus nicht den Rechten und Populisten überlassen, wir müssen sie für uns besetzen. Es gibt auch einen liberalen Patriotismus.

SPIEGEL: Zurück zum transatlantischen Verhältnis. Sie sagen, die westliche Wertegemeinschaft sei intakt. Tatsächlich verabschiedet sich Trump von einem Grundpfeiler des Westens, dem Multilateralismus.

Garton Ash: Und die andere Hälfte der USA, darunter viele Republikaner, ist entsetzt. Warten wir doch die Kongresswahlen ab.

SPIEGEL: Was heißt es für Europas Sicherheit, wenn wir uns nicht mehr auf die USA verlassen können?

Garton Ash: Jetzt ist es Zeit für die Selbstbehauptung Europas. Aber wenn Deutschland von der Unabhängigkeit Europas redet und zugleich den Verteidigungsetat und die Entwicklungshilfe kaum erhöht und auch noch zögerlich auf Macrons Vorschlag einer europäischen Interventionsarmee reagiert, dann ist das nicht glaubwürdig. Zugleich brauchen wir weiterhin die Vereinigten Staaten. Es liegt doch auf der Hand, wenn man die Kräfteverhältnisse der heutigen Welt sieht, dass Europa allein nicht ausreicht.

SPIEGEL: Aber die USA werden auch nach Trump kein echtes eigenes Sicherheitsinteresse mehr in Europa haben.

Garton Ash: Europa bleibt wichtig für die USA, auch wenn es nicht mehr der zentrale Schauplatz für sie ist. Im Moment passiert etwas Komisches in der amerikanischen Politik: ein Remake des Kalten Krieges. Alle reden von Russland, dabei ist Russland gar nicht das Hauptproblem.

SPIEGEL: Zugleich hält Trump die Nato für "obsolet". Was bleibt von der Allianz, wenn nicht mehr sicher ist, ob sich die USA noch an die Beistandspflicht nach Artikel 5 gebunden fühlen?

Garton Ash: Ich halte die Gefahr eines Einmarschs der Roten Armee in die baltischen Staaten nicht für sehr hoch. Aber Russland ist erfolgreich in der hybriden Kriegführung. Wo wir wirklich aufpassen müssen, ist innerhalb unserer eigenen Gesellschaften und Politik. Russische Desinformation hat im amerikanischen Wahlkampf und beim Brexit-Referendum eine Rolle gespielt. Für Russland und China sind Desinformation und Cyberattacken Teil ihrer geopolitischen Strategie. Das ist im Moment gefährlicher als klassische Bedrohungsszenarien.

SPIEGEL: Trauen Sie Europa die Selbstbehauptung zu? Tatsächlich ist die EU in Gefahr zu zerfallen.

Garton Ash: Nüchtern-analytisch ist festzustellen: Wir leben in einer Zeit der europäischen Desintegration. Ich fürchte, auch die Folgen des Brexits werden unterschätzt. Seit Jahrhunderten gibt es eine Tradition der britischen Politik in Europa: Wenn ein Hegemon entsteht, versuchen die Briten,

Gegengewichte aufzufahren. Man kann bei allem Common Sense nicht ausschließen, dass solche Tendenzen wieder entstehen. Sagen wir, es gäbe nach dem Brexit ein deutsch-französisches Kerneuropa und gleichzeitig verschiedene andere EU-Staaten, die aus dem ein oder anderen Grund unzufrieden wären. Da wäre mittelfristig für Großbritannien die Versuchung groß, neue Koalitionen zu bilden und die EU weiter zu spalten.

SPIEGEL: Hat Berlin die Kraft, die EU zusammenzuhalten und das zu verhindern?

Garton Ash: Allein nicht. Ob man nach Polen blickt, nach Ungarn oder Italien, überall fehlt es Deutschland an Verbündeten.

SPIEGEL: Wie beurteilen Sie die deutsche Antwort auf Macrons Vorschläge?

Garton Ash: Das ist bisher nicht ausreichend, das ist völlig klar. Macron braucht nicht dieses oder jenes Detail der Eurozone, er braucht das Gefühl, dass Deutschland und Frankreich eine strategische Antwort haben, wie ein "souveränes" Europa aussehen soll.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Berlin zu dieser strategischen Antwort fähig ist?

Garton Ash: Solange die Große Koalition in dieser Verfassung ist, offensichtlich nicht. Hinzu kommt, dass in der öffentlichen Meinung in Deutschland das Gefühl der Krise, der Dringlichkeit des Moments nicht genügend vorhanden ist. Deutschland ist bis heute, wie es scheint, eine Insel der Seligen. Kanzlerin Merkel hat in Aachen etwas sehr Zutreffendes gesagt. Sie sagte, Europas größtes Risiko sei die Selbstverständlichkeit. Wenn ich in Deutschland unterwegs bin, habe ich nicht das Gefühl, dass man den Ernst der Stunde begriffen hat. In Italien und Großbritannien oder in Polen, wo eine liberale Demokratie wirklich demontiert wird, ist das anders.

SPIEGEL: Das hat auch damit zu tun, dass die Politik in Deutschland nie eine Dringlichkeit vermittelt.

Garton Ash: Daran sieht man, wie unglaublich wichtig das Narrativ ist, die Geschichte, die man erzählt. Das machen die Populisten bis jetzt am besten. Wenn Sie mich fragten, was im Moment das Narrativ sei, das Deutschland vermitteln will, wüsste ich es nicht.

SPIEGEL: Deutschland erlebt das Ende einer Ära, die Politik ist erschöpft und müde.

Garton Ash: 1968 haben die protestierenden Studenten in Paris Charles de Gaulle zugerufen: "Dix ans, ça suffit", zehn Jahre, das reicht. Das ist eine Grundregel der Politik: Ob de Gaulle, Margaret Thatcher oder Helmut Kohl – nach mehr als zehn Jahren geht irgendwann etwas schief. Trotzdem glaube ich, dass Angela Merkel sehr viel für Deutschland geleistet hat.

SPIEGEL: Überall im Westen sind die etablierten Parteien in der Krise. Braucht es einen Wandel der Parteiensysteme?

Garton Ash: Das Problem in fast allen europäischen Staaten ist, dass unsere Parteiensysteme den notwendigen Aufbruch nicht ermöglichen. Frankreich ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt, weil dort das Parteiensystem so schwach und der Präsident so stark ist, dass ein Macron und "En Marche" möglich waren. Anderswo funktioniert das nicht. In Großbritannien hält sich das Zweiparteiensystem, aber beide Parteien sind selbst zwei Parteien, genau das Gleiche haben wir in den Vereinigten Staaten. In den Niederlanden und Österreich versucht Mitte-Rechts eine Umarmungsstrategie gegenüber den Populisten, das kommt denen letztendlich zugute. In Deutschland sehen wir eine Fragmentierung des Parteiensystems, infolge derer Mitte-links und Mitte-rechts zu einer Großen Koalition zusammengehen, was auch nicht gut funktioniert.

SPIEGEL: Wenn das Parteiensystem der Gesellschaft nicht mehr entspricht, wird es sich ändern.

Garton Ash: Ja, aber in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien ist das Zweiparteiensystem so stark und so tief verankert, dass es fast eine Revolution brauchte, um das zu brechen.

SPIEGEL: In Deutschland geht der Riss zwischen Weltoffenheit und Abschottung mitten durch die Parteien.

Garton Ash: Das ist wirklich ein interessanter Punkt. Ich glaube, wir brauchen eine neue Mischung, wenn wir das liberale, gemäßigte Europa verteidigen wollen. Macron versucht das ja, seine Bewegung ist patriotisch, republikanisch, aber auch europäisch, marktliberal, aber auch für ein beschützendes Europa. Unsere Parteienstruktur macht diese Mischung so wiederum schwer. Die proeuropäische, offene, liberale Politik ist derzeit geschwächt und gelähmt.

SPIEGEL: Ist eigentlich insgesamt das teleologische westliche Geschichtsdenken ein Irrtum? Verläuft Geschichte vielleicht eher zyklisch?

Garton Ash: Wir hatten sicherlich zu viel Teleologisches in der europäischen Rhetorik der vergangenen 30 Jahre. Zu sehr ein Gefühl, dass sich das Rad der Geschichte notwendigerweise in Richtung von mehr Integration, mehr Freiheiten, mehr Demokratie drehe. Die amerikanische Philosophin Judith Shklar hat den Begriff "Liberalismus der Furcht" geprägt. Sie warnt, dass es fast jederzeit ganz schnell zu Krieg, zu Gräueln, zu Massenmord kommen kann. Ich glaube, wir brauchen möglicherweise in Europa momentan ein bisschen mehr von diesem Liberalismus der Furcht.

SPIEGEL: Sie meinen, wir Deutschen haben zu wenig Angst? Ausgerechnet wir mit unserer berühmten "German Angst"?

Garton Ash: (lacht) Vielleicht ist Angst nicht das richtige Wort im deutschen Kontext, eher tragisches Bewusstsein. Das Bewusstsein, dass nichts für immer gelingen wird, dass der Naturzustand der menschlichen Gesellschaft nicht Frieden, Freiheit und Wohlstand ist und wir ganz schnell zurückfallen können in Chaos und Barbarei.

SPIEGEL: Wie sollen wir das der jungen Generation beibringen, die das nie erlebt hat?

Garton Ash: Das ist meine Aufgabe als Historiker. Zurzeit arbeite ich daran, wie man die Geschichte Europas so erzählt, dass junge Europäer verstehen, worum es geht.

SPIEGEL: Im Großen und Ganzen wirken Sie pessimistisch.

Garton Ash: Das ist der Pessimismus des Intellekts, bei nüchterner Analyse muss man im Moment sagen, dass es keinen Grund zum Optimismus gibt. Aber die Situation braucht auch den Mut des Herzens. Es gibt dieses schöne Gedicht von Bertolt Brecht. Man solle handeln "nicht wie fliehende müde Cäsaren", sondern "wie Lenin: Morgen Abend sind wir verloren, wenn nicht ..."! Lenin wäre keinesfalls mein Vorbild, aber da ist etwas Wahres dran. Europas Politiker sind heute ein bisschen wie fliehende müde Cäsaren.

SPIEGEL: Herr Garton Ash, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview 6

Soziologe Aladin El-Mafaalani im Interview

"Integration? Gelingt in Deutschland besser als je zuvor"

Spaltet die Zuwanderung das Land; ist die offene Gesellschaft in Gefahr? Im Gegenteil, sagt der Soziologe Aladin El-Mafaalani. Wie kommt er dazu? *Von Tobias Becker*

27. Juli 2018

Erst Lehrer an einem Berufskolleg, dann Professor, heute Abteilungsleiter im Integrationsministerium des Landes NRW: El-Mafaalani, 39, hat binnen kurzer Zeit eine Karriere hingelegt, für die ihm schon mal das seltsame Etikett Vorzeigemigrant angeheftet wird. In seinem neuen Buch behauptet er, dass Integration in Deutschland so gut gelinge wie nie zuvor, eben deshalb komme es zu Konflikten. Zum Gespräch hat Aladin El-Mafaalani, im Ruhrpott geborener Sohn syrischer Einwanderer, ins Dietrich-Keuning-Haus gebeten, eine Begegnungsstätte in der Dortmunder Nordstadt. Es ist ein Ort mit Symbolkraft. 2015 war das Gebäude ein Zentrum der Willkommenskultur, viele Tausend Flüchtlinge liefen hier durch. Beim Fototermin im Foyer winkt El-Mafaalani einer älteren Dame zu, die über die Empore geht. "Meine Mutter", sagt er, "sie leitet bis heute das Flüchtlingscafé hier."

SPIEGEL: Herr El-Mafaalani, zeigt sich in der Özil-Debatte, wie gespalten dieses Land ist? Schlecht integriert die einen, rassistisch die anderen?

El-Mafaalani: Den Eindruck haben jetzt sicher viele, aber der Eindruck ist falsch. Das "Sportstudio" moderiert demnächst Dunja Hayali, die "Tagesthemen" präsentiert Ingo Zamperoni, einer unserer beliebtesten Comedians heißt Serdar Somuncu, eine unserer gefragtesten Schauspielerinnen Sibel Kekilli, einer unserer besten Regisseure Fatih Akin. Integration gelingt in Deutschland ziemlich gut. Ich würde sogar sagen: besser als jemals zuvor.

SPIEGEL: Mal abgesehen von den paar Prominenten: Wie kommen Sie darauf?

El-Mafaalani: So offen und liberal und demokratisch wie heute war Deutschland noch nie. Alle können mitmachen, egal ob Mann oder Frau, schwarz oder weiß, hetero- oder homosexuell, mit oder ohne Behinderung. Wenn wir zu scheitern drohen, dann an unseren Erfolgen.

SPIEGEL: Ein deutscher Nationalspieler tritt zurück und begründet das mit rassistischen Anfeindungen. Nach einem Erfolg sieht das nicht aus.

El-Mafaalani: Damit das passieren konnte, musste ein türkischstämmiger Fußballer zunächst mal zum deutschen Nationalspieler werden. Wenn Integration gelingt, wird die Gesellschaft nicht homogener, nicht harmonischer, nicht konfliktfreier. Im Gegenteil. Immer mehr und immer unterschiedlichere Menschen sitzen am Tisch und wollen ein Stück vom Kuchen. Wieso sollte es ausgerechnet jetzt harmonisch werden? Die Konflikte entstehen, weil die Gesellschaft zusammenwächst, weil viel mehr Menschen als früher ihre Bedürfnisse äußern, mitdiskutieren, mitstreiten.

SPIEGEL: Eine der am hitzigsten diskutierten Fragen der vergangenen Jahre lautet: Gehört der Islam zu Deutschland? Ist das die Diskussion einer offenen Gesellschaft?

El-Mafaalani: In den Neunzigerjahren hätte die Frage gar keiner verstanden. Und wenn, dann wäre die Antwort ein bedingungsloses Nein gewesen. Im Übrigen hätten auch die allermeisten Muslime mit Nein votiert. Heute hingegen sagt ein großer Teil: Ja! Sehr viele Muslime beschweren sich sogar darüber, dass die Frage, ob ihre Religion dazugehöre, nicht von allen mit einem klaren Ja beantwortet wird. Das beweist: Sie fühlen sich zugehörig, sie wollen anerkannt werden. Je besser die Integration, desto größer die Debatte. Je weniger Diskriminierung, desto eher kann Diskriminierung wahrgenommen und thematisiert werden.

SPIEGEL: Lässt sich der Effekt auch in anderen Debatten beobachten?

El-Mafaalani: In den Sechzigern fühlten sich Frauen viel weniger diskriminiert als heute. Seither ist ihr Gefühl, diskriminiert zu werden, ungefähr so schnell gewachsen, wie ihre reale Diskriminierung geschrumpft ist. Erhöhte Teilhabe führt zu höheren Erwartungen an gleiche Teilhabe, die Erwartungen sensibilisieren für die Wahrnehmung von Ungleichbehandlungen, die es noch gibt. Am Tisch, also auf Augenhöhe, tun Ablehnung und Ausgrenzung mehr weh als auf dem Boden. Das ist übrigens ein interessanter Indikator für Politiker: Je weniger sich eine benachteiligte Gruppe in Umfragen selbst als diskriminiert bezeichnet, desto besorgniserregender ist ihre tatsächliche Situation. Zurzeit gilt das am ehesten für Menschen mit Behinderung.

SPIEGEL: Die AfD ist die stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Wie passt das zu Ihrer These von einem offenen Land?

El-Mafaalani: Jede erfolgreiche Bewegung erzeugt eine Gegenbewegung. Der Islamismus ist so eine Reaktion, der Rechtspopulismus eine andere. Beides sind Bewegungen der Schließung, beide sind vergangenheitsorientiert: zurück in die Zeit, als wir noch groß und für uns waren. Fakt ist: Die Gesellschaft wächst zusammen. Gespalten ist sie höchstens in der Bewertung der Situation: Ist das Zusammenwachsen gut oder schlecht?

SPIEGEL: Rassismus kann sich verstärken, weil Integration gelingt?

El-Mafaalani: Je kleiner die Differenz zwischen Menschen wird, desto stärker der Drang, diese kleiner werdende Differenz zu betonen. Sigmund Freud hat das den "Narzissmus der kleinen Differenzen" genannt. Richtig mobilisieren können Rechtspopulisten erst, seitdem es beides gibt: schlecht integrierte Muslime und gut integrierte Muslime, denen sie dann vorwerfen können, den Staat unterwandern zu wollen. Die Rechtspopulisten erreichen viele Menschen erst, seitdem Muslime ernsthafte Konkurrenten sind, seitdem sie die Gesellschaft, in der wir leben, mitgestalten wollen.

SPIEGEL: Moscheen haben kaum jemanden gestört, solange sie in Hinterhöfen oder Industriegebieten lagen.

El-Mafaalani: Dabei ist der Bau repräsentativer Moscheen erst einmal nicht Ausdruck einer Abkapselung, sondern Zeichen des Teilhabenwollens an der Stadtgesellschaft. Genau dieses Phänomen meine ich. Auch das Kopftuch war kein Problem, solange nur die muslimische Putzfrau eins trug. Zum Problem wurde es, als Frauen mit Kopftuch Lehrerinnen wurden.

SPIEGEL: Der Rechtspopulismus als allerletztes Aufbäumen der Kräfte, die sich gegen die offene Gesellschaft stemmen? Der Todeskampf der alten Gesellschaft?

El-Mafaalani: Das halte ich für plausibel, ja. Und der Islamismus gehört da unbedingt dazu. Die Konfliktlinien verlaufen nicht mehr zwischen rechts und links, Jung und Alt, Stadt und Land. Nicht mal zwischen Biodeutschen, Neuen Deutschen und Migranten. Es geht heute um die Frage, wer gut klarkommt mit der offenen Gesellschaft und wer nicht. Sich näherzukommen und zusammenzuwachsen – das ist kein gemütlicher Prozess.

SPIEGEL: Die Flüchtlingsfrage hat in den vergangenen Wochen die politische Agenda bestimmt, fast wäre die Koalition zerbrochen. Und Sie sagen: alles halb so wild?

El-Mafaalani: Die AfD wurde 2013 gegründet, Pegida 2014, die Flüchtlinge kamen 2015. Wer ernsthaft glaubt, ohne sie säße die AfD nicht im Bundestag, der hat die Welt nicht verstanden. Die Flüchtlinge haben eine Stimmung verstärkt, die es ohnehin gab – und die ohnehin wuchs.

SPIEGEL: Sie vergleichen die Situation in Ihrem Buch mit dem Besteigen eines Berges.

El-Mafaalani: Weil es für unsere Gesellschaft bergauf geht, ja. Alle schauen mich immer erstaunt an, wenn ich das sage. Aber bergauf zu gehen ist richtig anstrengend. Je weiter man nach oben kommt, desto mehr kommt man aus der Puste, desto mehr tun die Beine weh, desto gereizter wird die Stimmung. Ich hab noch nie eine Bergtour gemacht, bei der nicht irgendwann jemand gesagt hat: Ich kann nicht mehr, ich will zurück.

SPIEGEL: Das Problem: Da alle an einem Seil hängen, muss sich die Gruppe einigen.

El-Mafaalani: Das ist der Konflikt, in dem wir stecken: Manche wollen weiter, andere zurück, aber alle müssen sich einigen. Am wenigsten anstrengend wäre es runterzufallen. Aber das tut am meisten weh.

SPIEGEL: Umkehr ausgeschlossen?

El-Mafaalani: Die Mehrheit der Menschen hat immer noch Bock auf die offene Gesellschaft, viele wollen sie sogar noch weiter öffnen, sie kritisieren, dass es noch immer zu viel Diskriminierung gebe und dass zu wenig gegen die Schließungsbewegung getan werde.

SPIEGEL: Nicht wenige halten die Integration muslimischer Einwanderer für gescheitert – und sehen in Özil nun eine Symbolfigur dafür.

El-Mafaalani: Özil steckt in dem typischen Loyalitätskonflikt, in dem viele hier geborene Migranten stecken. Wer verstehen will, weshalb Migrantenkinder dem Heimatland und den Werten ihrer Eltern so treu verbunden bleiben, muss verstehen, dass diese Kinder von klein auf eine Mitverantwortung für die Stabilität ihrer Familie getragen haben. Ihre Eltern fühlten sich fremd in diesem Land, sodass es ihnen ein besonderes Bedürfnis war, dass sich ihre Kinder nicht von ihnen entfremden. Diese Erwartung haben die meisten Kinder erfüllt – und das beobachten wir in allen Einwanderungsländern.

SPIEGEL: Kennen Sie diesen Loyalitätskonflikt selbst?

El-Mafaalani: Meine Eltern fanden es überhaupt nicht gut, als ich das erste Mal gesagt habe, ich sei Deutscher. Für unsere Verwandten und Freunde in Syrien war es noch schlimmer, eine Katastrophe. Heute ist das kein Problem mehr.

SPIEGEL: "Ich habe zwei Herzen", schrieb Özil in seinem Rücktrittsstatement, "ein deutsches und ein türkisches."

El-Mafaalani: Özil und Gündoğan haben versucht, zu beiden Ländern Ja zu sagen. Das ist in der momentanen Situation schwierig. Aber den Impuls kenne ich selbst auch. Zu den familiären Wurzeln zu stehen bedeutet aber nicht notwendigerweise, dass man zum politischen System oder dem Präsidenten des Herkunftslandes stehen muss.

SPIEGEL: Sie machen Özil und Gündoğan keinen Vorwurf?

El-Mafaalani: Ich hätte beiden von dem Foto abgeraten, ganz klar. Aber ich habe an Fußballspieler bei politischen Themen nicht so hohe Erwartungen. An den DFB aber schon. Ich bin mir sicher, dass Fußballverbände anderer Einwanderungsländer eine Strategie haben für solche Konflikte. Der DFB hatte offenbar keine. Das finde ich peinlich nach so vielen Jahrzehnten Einwanderung – und nach so vielen Jahren des Geredes von "Integration durch Sport". Das war offenbar Marketing, mehr nicht. Daran geglaubt haben die Verantwortlichen offensichtlich nicht.

SPIEGEL: Die Botschaft Ihres Buches in einem Satz: Früher war alles schlechter. Ist allein mit der Botschaft schon etwas gewonnen?

El-Mafaalani: Die Stimmung ist zurzeit das Allerwichtigste. Streit sorgt für schlechte Gefühle, und schlechte Gefühle verunsichern selbst die Menschen, die die Idee der offenen Gesellschaft eigentlich gut finden. Viele von ihnen begehen den Fehlschluss, dass ihre schlechten Gefühle auf eine schlechte Gesamtsituation hindeuten, auf Probleme mit der Integration. In Wahrheit entsteht Streit aber häufig nur, weil Menschen sich nähergekommen sind. Den Mechanismus hat schon der Soziologe Georg Simmel 1908 beschrieben. Meine Hoffnung ist: Wenn diejenigen, die es gut meinen, das verstehen, fallen ihnen die letzten Meter des Aufstiegs leichter.

SPIEGEL: Das ist ein frommer Wunsch.

El-Mafaalani: Vielleicht. Aber die Differenz zwischen den relativ guten objektiven und den relativ schlechten subjektiven Realitäten bildet die Energie, die den Erfolg von Rechtspopulisten speist. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien zeigt das eindeutig. Seit 2010 steigt bei in Deutschland lebenden Türkeistämmigen die Verbundenheit mit der Türkei.

SPIEGEL: Warum seit 2010?

El-Mafaalani: Weil 2010 die Sarrazin-Debatte tobte und 2011 die Anschläge des NSU aufgedeckt wurden. Beide Ereignisse haben Deutschtürken gekränkt. Besonders die, die gut integriert sind. Auch wenn Sarrazin und andere eher auf die schlecht Integrierten zielten, fühlten sich die gut Integrierten angesprochen. Das müssen wir verstehen, wenn wir öffentlich über Integration diskutieren: dass diejenigen, die wir meinen, sich in aller Regel nicht angesprochen fühlen. Die anderen aber schon. Und bei ihnen bewirken wir das Gegenteil dessen, was wir bewirken wollen. Wer sich Deutschland so sehr verbunden fühlt wie keiner seiner Vorfahren, wer so gut Deutsch spricht wie keiner vor ihm, wer eigentlich auch so gute Teilhabechancen hat wie nie zuvor, der ist besonders kränkbar.

SPIEGEL: Sehen Sie die Gefahr auch durch die Özil-Debatte?

El-Mafaalani: Die Debatte wird den deutschen Fußball stärker zurückwerfen als das Ausscheiden bei der WM, das ist klar, aber sie könnte auch die Gesellschaft zurückwerfen. Es ist ein Einschnitt wie damals die Sarrazin-Debatte. Das Ernüchterndste, was ich in den vergangenen Jahren erlebt habe. Die Sarrazin-Debatte hat rassistische Stimmen lauter werden lassen – und die Türkeistämmigen zu Erdoğan hingezogen, der das natürlich ausgenutzt hat. Sie hat also in jeder Hinsicht Negatives bewirkt, sie hat der offenen Gesellschaft geschadet.

SPIEGEL: Die Sarrazin-Debatte fiel auch deshalb auf fruchtbaren Boden, weil Kinder türkischer Einwanderer tatsächlich häufiger die Schule abbrechen, weil sie seltener studieren, weil sie im Schnitt weniger verdienen.

El-Mafaalani: Menschen mit Migrationshintergrund haben immer noch schlechtere Teilhabechancen, studieren seltener, sind häufiger arbeitslos. Das bezweifle ich nicht. Aber es war doch früher noch viel schlimmer. Wir bewegen uns in die richtige Richtung. Das erkennt man daran, dass heute vor allem an Gymnasien die Verunsicherung groß ist: auf den Schulen, auf denen jahrzehntelang gar keine Migranten waren.

SPIEGEL: Auf den Schulen, auf die auch Akademiker ihre Kinder schicken: Professoren und Lehrer, Politiker, Journalisten.

El-Mafaalani: Ja, Kinder von Migranten sind plötzlich in Sichtweite der Schichten, die den Ton der öffentlichen Debatte angeben. Das zeigt, die Bildungschancen von Migrantenkindern, die Ausbildungschancen, die Arbeitsmarktchancen, all das ist besser geworden.

SPIEGEL: Nun wird mancher lästern, das Niveau der Gymnasien sei ja auch gesunken. Können die Kinder wirklich mehr?

El-Mafaalani: Eindeutig. Dass wir in den Pisa-Studien heute deutlich besser abschneiden als früher, liegt vor allem an Migrantenkindern. Nicht die ohnehin Guten sind besser geworden, sondern Migrantenkinder und Kinder aus benachteiligten Milieus, sie ziehen den Durchschnitt nach oben. Und wir sehen doch jetzt schon, dass ein durchschnittlicher syrischer Flüchtling nach ein paar Jährchen in Deutschland besser Deutsch spricht als viele Gastarbeiter, die seit 60 Jahren hier sind. Weil wir ihn besser fördern als die Gastarbeiter damals. Und weil die Gesellschaft offener ist.

SPIEGEL: Was ist mit den Jugendlichen, die sich aus unserer Gesellschaft zurückziehen und dem Salafismus zuwenden? Die Zahl der Salafisten ist gestiegen.

El-Mafaalani: Der Salafismus ist kein Phänomen gescheiterter Integration. Jede Wette: Wenn man die Sprachkompetenz deutscher Muslime messen würde, die Salafisten wären ganz weit oben. Selbst von Sicherheitsbehörden höre ich immer wieder, dass die Bewegung immer intellektueller werde. Salafisten sind überwiegend Menschen, die hier geboren sind, zudem sehr viele Konvertierte, also Menschen ohne Migrationshintergrund. Die allermeisten sind nicht gewaltbereit, die meisten halten sich an das Recht.

SPIEGEL: Aber Salafisten sind Feinde der offenen Gesellschaft.

El-Mafaalani: Das sind sie. Der Salafismus ist eine multikulturelle, alle Schichten übergreifende Protestbewegung gegen die offene Gesellschaft. Lassen Sie das Multikulturelle weg, dann haben Sie den Rechtspopulismus. Beide Bewegungen sind sich ähnlicher, als ihren Anhängern lieb ist. Politische Provokation funktioniert heute über massive Gewalt, so wie beim G-20-Gipfel in Hamburg, oder über ein Votum gegen die offene Gesellschaft. Denn die offene Gesellschaft ist heute der Mainstream.

SPIEGEL: Wie passt die Dortmunder Nordstadt zu Ihrer These: 60 000 Menschen, 41 500 Migranten, 20 Prozent Arbeitslose? Die Rede ist von einer No-go-Area.

El-Mafaalani: Man muss ein bisschen was abkönnen in der Nordstadt, das stimmt. Es gibt sehr viele soziale Probleme. Wer in Hamburg oder in München lebt, völlig behütet, und auf Besuch hierherkommt, der findet das Straßenbild heftig. Aber wer sich nicht bei jeder klitzekleinen optischen Abweichung Sorgen macht, der merkt auch: Die Nordstadt ist auf keinen Fall eine Nogo-Area.

SPIEGEL: Den Begriff No-go-Area nutzte Ihr jetziger Ministerpräsident im Wahlkampf.

El-Mafaalani: Dass es hier Desintegration gibt, kann keiner bezweifeln, aber was viele verwechseln, sind Probleme durch Migration und Probleme durch Armut. Die Zahl der Arbeitslosen und die SGB-II-Quote sind hoch. Das sind Indizien für Perspektivlosigkeit und Resignation. Unter diesen Umständen ist es in der Nordstadt außergewöhnlich friedlich. Ich würde nicht so oft hier sein, wenn es eine No-go-Area wäre. Ich habe übrigens hier direkt am Nordmarkt lange Zeit gelebt.

SPIEGEL: Warum sind Sie in die Politik gewechselt, wenn alles so gut läuft?

El-Mafaalani: In meinem Buch beschäftige ich mich mit gelungener Integration und den Folgen. Im Ministerium mit der Frage, wie sich Integration noch weiter verbessern lässt. Das war noch nie so schwer wie jetzt, eben weil wir schon so weit sind. Das reizt mich. Es ist wie beim Bergsteigen: Der erste Teil des Aufstiegs ist der einfache, dann wird es schwerer und schwerer, die Stimmung verschlechtert sich.

SPIEGEL: Wie schaffen wir die letzten Meter?

El-Mafaalani: Wir brauchen einen Masterplan Integration, aber einen völlig anderen als den von Seehofer. Wir müssen zum Beispiel die Einbürgerungszahlen erhöhen, nicht nur um ein oder zwei Prozent, sondern ganz deutlich. Wir wollen eine Einbürgerungskampagne machen. Und wir brauchen endlich ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz. Schließlich wird es auch um die Frage gehen, wie wir deutlich mehr Migranten in den öffentlichen Dienst bekommen können. Da hinken wir leider noch hinterher. Die Öffnung der Institutionen ist für eine offene Gesellschaft extrem wichtig. Für die Migranten, weil sie sehen: Der Staat setzt auf uns. Aber noch mehr für alle anderen. Ein Lehrer mit Migrationshintergrund verändert nicht nur das Klassenzimmer, sondern auch das Lehrerzimmer, eine Polizistin mit Migrationshintergrund verändert die Polizeiwache.

SPIEGEL: Bis wann rechnen Sie mit ersten Ergebnissen?

El-Mafaalani: Das braucht seine Zeit. Mein größter Wunsch bis dahin wäre eine neue Streitkultur. Streitkultur ist die beste Leitkultur.

SPIEGEL: Ein Blick in die sozialen Netzwerke zeigt: Wir sind davon weit entfernt.

El-Mafaalani: Zurzeit herrscht keine Streitkultur, zurzeit herrscht Anschreikultur. Die meisten Konflikte gibt es überhaupt nur, weil vieles so gut läuft. Aber in den Konflikten steckt immer auch ein destruktives Potenzial.

SPIEGEL: Gehört Political Correctness zur Streitkultur dazu?

El-Mafaalani: Man kann sich ja mal überlegen, was passieren würde, wenn man sich heute am Tisch mit "Weib", "Krüppel", "Schlitzauge" anreden würde. Begriffe, die in der Vergangenheit vergleichsweise unproblematisch gewirkt haben mögen, stoßen heute einen Teil der am Tisch Sitzenden vor den Kopf. Insofern: Ja, Political Correctness ist wichtig für die Streitkultur. Die Sprache wird komplexer, weil die Gesellschaft komplexer geworden ist. Von Amtsträgern muss man komplexes Denken und auch eine komplexe Sprache erwarten können. Aber manche Verfechter der Political Correctness übersehen ein Paradoxon: Die politisch korrekte Sprache soll Menschen einschließen, aber der Aufschrei, der auf jeden Verstoß folgt, schließt auch Menschen aus – die Benachteiligten, die die immer komplexer werdende Sprache noch nicht beherrschen. Man sollte die Sprache nicht zum zentralen Konfliktfeld machen. Das schnelle Beleidigtsein passt genauso wenig zu einer Streitkultur wie das Provozieren als Selbstzweck.

SPIEGEL: Sie selbst kritisieren im Buch Begriffe wie Migrationshintergrund.

El-Mafaalani: Der Begriff klingt für viele wie eine Krankheitsdiagnose. Als ich noch Lehrer war, habe ich gern von "Schülern mit internationaler Geschichte" und "Schülern mit nationaler Geschichte" gesprochen – mindestens genauso exakte Begriffe. Eine Schülerin sagte daraufhin zu mir: "Das ist voll diskriminierend. Jetzt haben die anderen das coolere Wort."

SPIEGEL: Sie sagen heute von sich: Ich bin ein Deutscher.

El-Mafaalani: Genauso wie ich sind Deutsche heute auch. Also eindeutig: ja. Das war vor einigen Jahren noch anders. Als Student habe ich gesagt: Ich bin Syrer oder Araber. Ich bin in Deutschland geboren, ich habe in Deutschland Abitur und Wehrdienst gemacht, ich hatte schon damals die deutsche Staatsangehörigkeit. Kognitiv sprach also alles für Deutsch, aber emotional fast nichts. Beim Fußball war ich gegen Deutschland, völlig egal gegen wen Deutschland gespielt hat. Ich war gegen Deutschland, weil ich das Gefühl hatte, kein richtiger Deutscher zu sein. Das ist typisch: Fast kein Migrantenkind sagt von sich, dass es Deutscher sei. Das kommt, wenn überhaupt, erst im Erwachsenenalter.

SPIEGEL: Woran liegt das?

El-Mafaalani: Ein Grund sind die Loyalitätserwartungen der eigenen Eltern. Ein anderer sind die diskriminierenden Sprüche, die es immer gibt, egal wie offen die Gesellschaft schon ist. Es reicht nämlich nicht, dass man selbst sagt, "Ich bin Deutscher", wenn nicht auch andere das akzeptieren. Wenn der Staat und seine Institutionen nicht gegensteuern und die klare Botschaft senden: "Du gehörst zu uns", dann werden sich jugendliche Migranten häufig abwenden.

SPIEGEL: Heute fiebern Sie mit der deutschen Mannschaft?

El-Mafaalani: Das Vorrundenaus hat mich total aufgeregt, ich hatte zwei Tage schlechte Laune. Mal sehen, wie meine Borussia in die neue Saison startet.

SPIEGEL: Herr El-Mafaalani, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview 7

Experteninterview mit Verwaltungsrichter

Woran merken Sie, ob ein Asylbewerber lügt?

Verwaltungsrichter Jan Bergmann erklärt, welche Regeln an der deutschen Grenze für Flüchtlinge gelten und wie in Verfahren mitunter getrickst wird. *Von Dietmar Hipp, Cordula Meyer*

29. Juni 2018

Bergmann, 51, ist Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg und Experte für die sogenannte Dublin-Verordnung, die den Umgang mit Flüchtlingen in Europa regelt. Seit 20 Jahren entscheidet er als Verwaltungsrichter auch über Klagen gegen Asylbescheide; er ist Herausgeber eines Standardkommentars zum Ausländerrecht und bildet junge Verwaltungsrichter im Asylrecht aus.

SPIEGEL: Herr Bergmann, CDU und CSU streiten darüber, ob Asylsuchende an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgewiesen werden dürfen. Ist das eine rechtliche oder eine politische Frage?

Bergmann: Im Moment ist es eine Frage der Politik, weil die dahinterstehenden Rechtsfragen nicht abschließend geklärt sind.

SPIEGEL: Das müssen Sie erläutern.

Bergmann: Unser deutsches Asylgesetz wird überlagert von einem detaillierten europäischen Asylsystem. Darin gibt es die Grundregel, dass die Mitgliedstaaten jeden Antrag prüfen müssen, den ein Schutzsuchender auf ihrem Staatsgebiet oder an ihrer Grenze stellt. Sie müssen auch prüfen, welcher Staat für das Asylverfahren zuständig ist. Diese Prüfung wäre in Ankerzentren oder Transitzonen möglich, aber eben nicht während einer Grenzkontrolle. Anschließend muss man den Schutzsuchenden in den zuständigen Staat überstellen. Das wäre oft nicht Österreich, sondern Italien oder ein anderer EU-Staat mit Außengrenzen.

SPIEGEL: Das klingt doch eindeutig.

Bergmann: Wenn man sich die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs anschaut, spricht alles dafür, dass die europäischen Regeln nicht so ausgelegt werden können, dass sie ein Zurückweisen an der Grenze erlauben.

SPIEGEL: Wie würden Sie entscheiden?

Bergmann: Ich würde den Fall dem Europäischen Gerichtshof vorlegen. Dieser hat zuletzt klar gesagt: Niemand kann in einen anderen Staat zurückgeschickt werden, bevor dieser Staat zugestimmt hat. Zudem muss der Asylsuchende die Möglichkeit haben, sich dagegen rechtlich zu wehren. Man könnte dem wohl auch nicht mit bilateralen Kooperationen Genüge tun. Und einseitig zurückweisen, ohne das österreichische Einverständnis, geht eher noch weniger.

SPIEGEL: Könnte sich die Politik über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs hinwegsetzen?

Bergmann: Klares Nein. Europarechtliche Regeln haben Anwendungsvorrang vor nationalem Recht, auch vor dem Grundgesetz. Wenn wir da anfangen, legen wir die Axt an die Wurzel der europäischen Integration.

SPIEGEL: Die Dublin-Regeln bauen darauf, dass grundsätzlich der erste EU-Staat, in den ein Asylsuchender einreist, für diesen zuständig ist

Bergmann: Es gibt aber viele Sonderzuständigkeiten, etwa für Minderjährige und für Angehörige, weil Familien in der EU nicht auseinandergerissen werden sollen. Das kann man nicht hopplahopp an der Grenze prüfen. Und selbst wenn der Fall eines Flüchtlings bereits entschieden wurde, kann sich die Lage verändert haben.

SPIEGEL: Deutschland muss also jemanden, der in einem langwierigen rechtsstaatlichen Verfahren abgeschoben wurde, ein paar Wochen später wieder einreisen lassen, um das alles erneut zu prüfen?

Bergmann: Der Anspruch auf Anerkennung als Flüchtling geht grundsätzlich nicht verloren, selbst wenn es schon mal eine negative Entscheidung gegeben hat, weder nach dem Grundgesetz noch nach europäischem oder internationalem Recht. Bei einem Menschen, der in seinen Heimatstaat abgeschoben worden ist, könnte eine neue Gefährdung entstanden sein, wegen der er erneut flieht. Wenn man Flüchtlingsschutz ernst nimmt, muss man immer den Einzelfall prüfen.

SPIEGEL: Angesichts der zahlreichen, viele Jahre dauernden Verfahren ist das schwer zu verstehen.

Bergmann: Das ist aber ein Grundprinzip des Asylrechts. Für viele Fälle gibt es beschleunigte Verfahren. Aber man kann jemanden nicht dorthin schicken, wo ihm der Tod oder unmenschliche Behandlung droht.

SPIEGEL: In der Frage, ob und wann das der Fall ist, entscheiden Gerichte höchst unterschiedlich.

Bergmann: Weil Richter unabhängig sind – und weil es im Asylrecht zu wenige Grundsatzentscheidungen gibt. Innerhalb der EU schwanken die Anerkennungsquoten von Flüchtlingen aus bestimmten Staaten extrem, bei Irakern zum Beispiel waren es im vergangenen Jahr 11 Prozent in Bulgarien, 39 in den Niederlanden und 90 Prozent in Italien, bei gleichem Recht. Auch innerhalb Deutschlands sind die Unterschiede groß: zwischen den Bundesländern, innerhalb eines Gerichts oder sogar innerhalb einer Kammer. Die Schutzsuchenden befinden sich in einer Art Asyllotterie. Wer in Syrien zum Wehrdienst eingezogen werden soll, hat in Baden-Württemberg und Bayern Glück und gilt als verfolgt, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aber nicht.

SPIEGEL: Warum ist das so?

Bergmann: Um Asylverfahren zu beschleunigen, hat die Politik den Verfahrensweg gekürzt, damit die Flüchtlinge sich nicht langwierig durch mehrere Instanzen klagen können. Das hat den unerwünschten Nebeneffekt, dass viele Grundsatzfragen heute in der ersten Instanz entschieden werden, ohne einheitliche Maßstäbe.

SPIEGEL: Bundesinnenminister Horst Seehofer will offenbar den Instanzenweg in Asylsachen weiter verkürzen.

Bergmann: Davor kann ich nur warnen. Wir brauchen viel mehr Rechtsvereinheitlichung durch Obergerichte, nicht weniger.

SPIEGEL: Was wäre damit gewonnen?

Bergmann: Gerichte müssen regelmäßig entscheiden, ob ein junger, gesunder Afghane nach Kabul abgeschoben werden darf. Die zentrale Frage ist: Kann er dort überleben? Manche Oberverwaltungsgerichte sagen, das sei kein Problem. Nach einem neuen Bericht ist dort aber das Existenzminimum möglicherweise nicht mehr gesichert. Damit am Ende in Deutschland alle den gleichen Schutz bekommen, sollten solche Fragen vom Bundesverwaltungsgericht entschieden werden.

SPIEGEL: In den Verwaltungsgerichten liegt ein Berg von rund 400 000 Klagen gegen Asylbescheide. Schaffen Sie das?

Bergmann: Wenn ein Staat sich entscheidet, mehr als 1,6 Millionen Menschen aufzunehmen, dann hat das Konsequenzen für die Verwaltung. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wurde viel Personal eingesetzt, die Verfahren wurden vor der Bundestagswahl zügig abgearbeitet. Darunter hat häufig die Qualität gelitten. Viele Menschen sind gegen die Bescheide vor Gericht gezogen – entstanden ist ein Berg, der von uns nicht seriös in schneller Weise abzuarbeiten ist.

SPIEGEL: Was bedeutet das für die einzelnen Richter?

Bergmann: Als ich vor zwei Jahren das Verwaltungsgericht Stuttgart verlassen habe, waren in meiner Kammer etwa 150 Verfahren anhängig. Momentan sind es 1500. Die Zahl der Richter in der Kammer ist aber gleich geblieben. Wenn es richtig gut läuft, kann ein Richter pro Woche vielleicht fünf Asylklagen erledigen. Und am nächsten Montag hat er sieben neue dazubekommen. Das wegzuarbeiten geht nur mit mehr Personal, mehr Richtern und mehr Servicekräften.

SPIEGEL: Die Justiz hat also dasselbe Problem wie zuvor das Bamf?

Bergmann: Natürlich. Die Politik hat uns dankenswerterweise in schwierigen Haushaltsverhandlungen mehr Personal gegeben, aber es reicht nicht. In Karlsruhe hat das Verwaltungsgericht gerade ein drittes Gebäude mieten müssen, weil einfach alles aus allen Nähten platzt. Und neue Richter müssen erst einmal geschult werden. In Asylfällen geht es womöglich um Leben oder Tod, das ist eine hohe Verantwortung, die auf dem einzelnen Richter lastet, weil er fast alles allein entscheiden muss. Die kann man einem ganz jungen Menschen nicht sofort in vollem Umfang aufbürden.

SPIEGEL: Wie würden Sie die Rolle des Richters in Asylsachen beschreiben?

Bergmann: Der Asylrichter sitzt meist allein auf seiner Bank, ohne Kollegen, und vor ihm auch kein Vertreter des Bamf, der dessen Sicht darlegt, sondern nur der Kläger mit Dolmetscher und Anwalt. Der Richter kommt deshalb automatisch in die Rolle des Befragers, der die Glaubhaftigkeit des vorgetragenen Sachverhalts prüfen muss. Er muss geschickt fragen, um herauszubekommen, ob der Mensch vor ihm die Wahrheit sagt, denn davon hängt alles ab. Und er darf nicht verbittern, weil er oft angelogen wird.

SPIEGEL: Was sind Ihre Erfahrungen?

Bergmann: Als junger Richter habe ich meine Asylurteile ausführlich begründet, wenn ich jemanden anerkannt habe. Ein paar Monate später hat mir ein anderer Flüchtling genau die Geschichte aus einem meiner Urteile erzählt: dass er nach einer politischen Demonstration im Krankenhaus war, der Cousin ihm dann über das Toilettenfenster zur Flucht verhalf und so weiter. Ein Anwalt hat zugegeben, dass meine positiven Urteile in der Flüchtlingsunterkunft als Blaupause gehandelt werden. Ab diesem Tag habe ich nur noch kurze Urteile geschrieben, wenn ich zugunsten des Flüchtlings entschieden habe. Mein einfachster Fall war ein Schwarzafrikaner, der sagte, er sei in Afrika als blinder Passagier auf einen großen Tanker geflüchtet und durchgefahren bis Karlsruhe, wo er ausgestiegen sei und Asyl beantragt habe.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich manchmal auch von Anwälten hinters Licht geführt?

Bergmann: Grundsätzlich nein! Die haben ein aufreibendes Geschäft, und die meisten machen das sehr gut. Da sollte man nicht mit pauschalen Verurteilungen agieren.

SPIEGEL: Sie meinen die angebliche "Antiabschiebeindustrie", von der Alexander Dobrindt, der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, gesprochen hat. Aber wird nicht tatsächlich getrickst?

Bergmann: Wenn ein Flüchtling gefoltert worden ist, dann hat er wahrscheinlich ein Trauma. Aber wenn ein Anwalt flächendeckend Atteste über posttraumatische Belastungsstörungen vorlegt, schauen Sie sicher genauer hin. Auch bei Dolmetschern muss man manchmal aufpassen: Viele sind selbst anerkannte Asylberechtigte – die verwenden bestimmte Schlüsselwörter, obwohl der Kläger die gar nicht benutzt hat. Ich war lange für Schwarzafrika zuständig, und da ich Französisch spreche, habe ich die Anhörungen meist selbst auf Französisch geführt.

SPIEGEL: Wie stellen Sie fest, wer lügt?

Bergmann: Das hat auch mit dem Geschick der Person zu tun. Meine eindrucksvollsten Prozesse waren die mit Kurden, die in der Arbeiterpartei PKK aktiv waren. Da habe ich zum Teil sehr lange gebraucht, um rauszukriegen, was stimmt. Ich habe dann mindestens eine Nacht über eine solche Entscheidung geschlafen, und sehr oft ist mir nachts um drei ein Detail, ein Widerspruch aufgefallen, an dem ich gemerkt habe: Das kann so nicht gewesen sein.

SPIEGEL: Schneller werden die Verfahren dadurch nicht.

Bergmann: Natürlich nicht. Man benötigt aber eine gründliche mündliche Verhandlung, und deren Zahl lässt sich nicht beliebig erhöhen. Wenn ein abgelehnter Asylbewerber dann ein Mädchen tötet, heißt es, wie konnte dieses Verfahren eineinhalb Jahre lang bei dem Richter liegen, ohne dass es bearbeitet worden ist? Dabei ist das bei der aktuellen Verfahrensflut zwingend. Ein Richter weiß nicht, welcher der Asylbewerber straffällig wird, und viele der Verfahren dauern lang und noch länger. Die meisten Kollegen reiben sich auf und versuchen, so viel wie möglich schnell und seriös zu erledigen.

SPIEGEL: Als das Bamf unter ähnlichem Druck stand, sank die Arbeitsqualität.

Bergmann: Manche Richter entwickeln eine Art Notwehr-Rechtsprechung, sie schauen nach einer dünnen Stelle in dem Fall, an der er gelöst werden kann, auch einer Formalie. In Dublin-Verfahren, in denen ein Asylsuchender in ein anderes Land der Europäischen Union überstellt werden soll, muss Deutschland das innerhalb von sechs Monaten bewerkstelligen, dauert es länger, wird Deutschland automatisch für dessen Asylverfahren zuständig. Es fällt nun auf, dass einzelne Richter den Eilantrag gegen die Abschiebung schnell ablehnen, dann aber den Fall liegenlassen und eine Wiedervorlage terminieren – just einen Tag nach Ablauf der Abschiebefrist. Ist der Mensch bis dahin abgeschoben, hat sich der Fall von selbst erledigt. Ist er nach Fristablauf noch da,ist der Richter den Fall auch los – aber dann wird Deutschland für den Asylbewerber zuständig. Das entspricht nicht dem Geist des Dublin-Rechts.

SPIEGEL: Wie würden Sie als Praktiker das Asylrecht ändern?

Bergmann: Es gäbe viele kleine Schritte. Man könnte diese Frist abschaffen. Dann führten Verzögerungen nicht mehr zu einer geänderten Zuständigkeit. Um zu verhindern, dass Asylsuchende nach der Registrierung einfach in beliebte Länder wie Deutschland weiterziehen, könnte man festschreiben, dass Sozialleistungen nur jener Staat zahlt, der zuständig ist. Anderswo würde es dann lediglich eine Notversorgung in Naturalien geben. Und man könnte in Europa verstärkt mit Staaten zusammenarbeiten, die dazu willig sind, in einer Koalition für das Asylrecht.

"Oft ist mir nachts um drei ein Detail aufgefallen, und ich merkte: Das kann so nicht gewesen sein."

SPIEGEL: Was könnten die Willigen tun?

Bergmann: Migration zieht weitere Migration nach sich, das muss man akzeptieren. Es wäre sinnvoll, wenn Deutschland etwa hauptsächlich für Syrer zuständig wäre, Frankreich für die Maghrebiner, die ohnehin Französisch sprechen, und die skandinavischen Länder vielleicht für Menschen aus dem Irak.

SPIEGEL: Welche Anreize könnte es denn geben, Flüchtlinge aufzunehmen?

Bergmann: Innerhalb der Europäischen Union gibt es viele arme Kommunen, die zu wenige Einwohner haben. Wenn jede Gemeinde, die einen Asylbewerber aufnimmt, dafür eine fixe Summe, sagen wir 100.000 Euro, aus einem europäischen Flüchtlingsfonds bekäme, könnte ich mir vorstellen, dass es automatisch zu einer Verteilung käme.

SPIEGEL: Nun gibt es auch Migranten, die schlecht beraten sind oder sehr ehrlich, die sagen, ich möchte gern ein besseres Leben, und ich verspreche, ich werde das hier ganz toll machen. Ist es nicht hart, diesen Leuten sagen zu müssen, dass ihre Flucht umsonst war?

Bergmann: Das ist eine Hauptaufgabe als Asylrichter, den Menschen, die als Armuts- oder als Klimaflüchtlinge zu uns kommen, zu erklären, dass sie kein Bleiberecht in Deutschland haben.

SPIEGEL: Wie oft kommt das vor?

Bergmann: Recht häufig. Eine Zeit lang kamen viele Menschen vom Balkan, die erzählten: "Uns wurde in Tirana gesagt, steig in den Bus, in Deutschland bekommst du Asyl und eine soziale Versorgung, und du kannst dort auch die kranken Kinder gut pflegen." Und dann musste ich ihnen erklären, dass es damit nichts wird. Dann gibt es leider Tränen. Das belastet auch uns Richter, im Asylprozess gibt es häufig Tränen.

SPIEGEL: Herr Bergmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview 8

Michail Chodorkowski im Interview

"Im Anwerben ist Putin Profi"

Michail Chodorkowski galt als reichster Mann Russlands, ehe er dem Präsidenten gefährlich wurde. Hier spricht er über ein mögliches Ende der Ära Putin und Gerhard Schröders Kreml-Kontakte. *Von Von Christian Esch, Britta Sandberg*

29. Juni 2018

Chodorkowski, 55, ist Wladimir Putins prominentester Gegner im Exil. Der Milliardär kam 2003 in Haft, nachdem er in Konflikt mit dem russischen Präsidenten gekommen war. Zehn Jahre verbrachte er in Gefangenschaft. Seit seiner Begnadigung versucht er, mit der Bewegung Offenes Russland demokratische Politik in seiner Heimat zu fördern. Er lebt in London.

SPIEGEL: Herr Chodorkowski, in Russland wird die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen; zugleich steht der Kreml in der Kritik – wegen seines Vorgehens in der Ukraine und in Syrien und wegen Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land. Sollen westliche Politiker zu den Spielen fahren?

Chodorkowski: Die Weltmeisterschaft ist wichtig für den Kreml: Wladimir Putin will den Russen und der Welt zeigen, dass man geachtet und nicht isoliert ist. Aber sie ist auch wichtig für Millionen Russen, die Fußball lieben. Deshalb ist es sehr gut, dass es zu keinem Boykott gekommen ist. Nur: Die Fans, die zur WM anreisen, sind bei den Russen zu Gast. Aber die Politiker sind zu Gast bei Putin. Und ich halte es für unmoralisch und politisch gefährlich, wenn westliche Politiker ihre Achtung für die Clique im Kreml so ausdrücken. Man weiß ja nicht, was Putin als Nächstes tut.

SPIEGEL: Westliche Politiker könnten den Besuch nutzen, um politische Häftlinge freizubekommen – wie den ukrainischen Regisseur Oleg Senzow, der Mitte Mai einen Hungerstreik begonnen hat.

Chodorkowski: Wenn Putin im Gegenzug verspräche, Geiseln freizulassen – klar, dann müsste man hinfahren und auf alles andere pfeifen.

SPIEGEL: Und wenn Politiker den Besuch nur dazu nutzen würden, um das Thema anzusprechen?

Chodorkowski: Das ist ihr Risiko. Wenn nach so einer Reise Geiseln freikommen, war sie gerechtfertigt. Wenn nicht, war sie es nicht. Aber es liegt nicht an mir, Ratschläge zu geben.

SPIEGEL: Putin hat Sie 2013 vor den Olympischen Spielen in Sotschi freigelassen. Auch Senzow ist ein politischer Häftling, er wurde als Gegner der Krimannexion wegen "Terrorismus" verurteilt. Warum ließ Putin ihn nicht vor der WM frei?

Chodorkowski: Putin hat sich von seinem Umfeld überzeugen lassen, dass Senzow ein Terrorist sei. Und Putin positioniert sich als Kämpfer gegen den Terrorismus. Die Geheimdienstberichte, auf die er sich stützt, hält er für Dokumente mit absoluter Beweiskraft. Das heißt aber nicht, dass er seine Meinung nicht ändern kann. Das sieht man ja in meinem Fall.

SPIEGEL: Hat er Ihre Freilassung jemals bereut?

Chodorkowski: Jedenfalls hat er gutgeheißen, dass ein neues Strafverfahren gegen mich eröffnet wird. Er hat gemerkt, dass ich in Freiheit zwar keine Gefahr für ihn darstelle, aber ihm doch Unbehagen bereiten kann.

SPIEGEL: Sie sind als Häftling selbst mehrmals in Hungerstreik getreten. Schwebt Senzow in Lebensgefahr?

Chodorkowski: Künstliche Ernährung ist eine sehr gefährliche Sache. Mehr als ein Jahr hält das keiner aus, das zeigt die sowjetische Erfahrung. Außerdem sitzt Senzow seine Haftstrafe am Polarkreis ab, in Labytnangi. 20 Jahre Haft im hohen Norden übersteht nur, wer da geboren ist oder sich an das Klima anpassen kann. Senzow ist zu alt dafür.

SPIEGEL: Sie setzen sich mit Ihrer Bewegung Offenes Russland für ihn ein. Auf welche Weise?

Chodorkowski: Wir haben die Kundgebungen in Moskau für Senzow aktiv unterstützt. Zur Eröffnung der Weltmeisterschaft haben unsere Leute neben dem Moskauer Luschniki-Stadion ein großes Bild von ihm aufgehängt, aber das wurde sofort wieder abgerissen.

SPIEGEL: Sie galten als der reichste Mann Russlands und kennen viele russische Milliardäre persönlich, die jetzt von westlichen Sanktionen betroffen sind. Treffen die Sanktionen die Richtigen?

Chodorkowski: Ich maße mir nicht an zu sagen, ob es aus Sicht westlicher Länder die richtigen Leute getroffen hat. Ich weiß ja nicht einmal, warum es gerade diese Leute traf – die Gründe wurden nicht öffentlich gemacht. Das halte ich für einen Fehler.

SPIEGEL: Welche Wirkung haben die Sanktionen auf Russlands Reiche?

Chodorkowski: Nehmen wir einen Mann wie Gennadij Timtschenko, der ein Haus in Genf hat, oder Igor Setschin, der eine 80-Meter-Jacht im Mittelmeer liegen hat. Natürlich ist es ein Verlust, wenn sie diese Dinge nicht mehr nutzen können. Aber wenn Putin nicht mehr an der Macht ist, verlieren sie alles. Was ist ihnen wichtiger? Niemand wird Putin stürzen, nur weil er nicht mehr in die bayerischen Alpen fahren kann.

SPIEGEL: Sie versuchen, mit einer Stiftung Einfluss auf die Entwicklung der russischen Politik zu nehmen. Welche jungen Politikerinnen und Politiker halten Sie für besonders aussichtsreich?

Chodorkowski: Die bekanntesten sind, in absteigender Reihenfolge: Alexej Nawalny, der Linkspolitiker Sergej Udalzow, der Ex-Bürgermeister von Jekaterinburg Jewgenij Roisman, der ehemalige Duma-Abgeordnete Dmitrij Gudkow ...

SPIEGEL: ... und Xenija Sobtschak, die Society-Reporterin, die bei der vergangenen Wahl als Putins Gegenkandidatin zugelassen wurde? Viele sehen in ihr eine Marionette des Kreml.

Chodorkowski: Sobtschak spielt in der Politik das Spiel, das ihr der Kreml erlaubt. Aber das gilt für alle Politiker in Russland. Wer die ihm gesetzten Grenzen überschreitet, landet bei uns im Gefängnis. Xenija Sobtschak hat mich vor der Wahl um Unterstützung gebeten. Ich habe sie gefragt: Können Sie garantieren, dass Sie Ihr politisches Engagement nachher nicht wieder aufgeben? Dass Sie all Ihre Zeit der Politik widmen? Sie sagte: Nein, das kann ich nicht. Deshalb habe ich ihr nicht meine Stimme gegeben, als ich gewählt habe.

SPIEGEL: Aber dann haben Sie Sobtschak doch unterstützt. Aktivisten Ihrer Bewegung Offenes Russland organisierten Sobtschaks Wahlkampf in der Provinz.

Chodorkowski: Das Ziel unserer Bewegung ist die Einführung einer parlamentarischen Demokratie. Um das zu erreichen, unterstützen wir unabhängige Politiker. Und da gab es eine Spaltung: Ungefähr die Hälfte der Aktivisten hat Nawalnys Regionalbüros gegründet, die andere Hälfte die von Sobtschak. Es gab da einen Konflikt, den ich schlichten musste. Ich habe gesagt: Wir können jemanden unterstützen,

weil er in einer parlamentarischen Demokratie eine Zukunft hat. Wer aber sagt: Dieser Politiker verkörpert als Einziger unsere Zukunft, der soll sich eine andere Bewegung suchen.

SPIEGEL: Gerade Nawalny wird vorgeworfen, dass er keine Konkurrenz neben sich dulde.

Chodorkowski: Nawalnys Modell ist das des Anführers. Ich weiß, dass das der russischen Mentalität heute entspricht. Er verspricht, für eine demokratischere Regierungsform zu sorgen, falls er an die Macht gelangt. Aber ich glaube, es würde in einem neuen Autoritarismus enden. Das habe ich Nawalny auch erklärt. Ich unterstütze ihn als einen der Politiker, die das künftige Russland braucht, aber nicht als den einen Heilsbringer, der uns zur Demokratie führt. Wir brauchen keinen guten Zaren, egal, welchen Namen er trägt.

SPIEGEL: Sind Sie zufrieden mit den Resultaten Ihrer politischen Bewegung?

Chodorkowski: Es ist schwer, ganz zufrieden zu sein. Wenn wir uns Russland heute anschauen, dann gibt es im demokratischen Spektrum zwei unabhängige Bewegungen. Einmal sind es Nawalnys Leute, und einmal ist es Offenes Russland. Alle anderen sind im Niedergang begriffen, das gilt sogar für die linksliberale Jabloko-Partei. Für ein demokratisches Russland ist es wichtig, dass es nicht bloß eine Oppositionsstruktur gibt, sondern zwei. Aber wenn es drei werden oder besser noch vier, dann bin ich zuversichtlich, dass wir nach einem Regimewechsel nicht in einem neuen Autoritarismus enden.

SPIEGEL: Sie sind nicht der erste reiche Russe, der sich mit Putin überwarf und im Ausland begann, für einen Regierungswechsel zu kämpfen. Der inzwischen verstorbene Oligarch Boris Beresowski tat dasselbe. Was unterscheidet Sie von ihm?

Chodorkowski: Beresowski sah sich als den Mann, der Putin an die Macht gebracht hatte und den Putin dann verraten hat. Er wollte Putin Schwierigkeiten bereiten, nicht Russland demokratisieren. Mein Ziel ist nicht der Sturz des Präsidenten, sondern die parlamentarische Demokratie. Wenn Putin morgen bereit ist, das Land selbst zu demokratisieren, dann soll er das von mir aus tun.

SPIEGEL: Erwarten Sie Veränderungen in den nächsten Jahren, noch vor Ende von Putins Amtszeit 2024?

Chodorkowski: Realistisch betrachtet, wird sich wahrscheinlich wenig ändern. Aber ich glaube, dass Putin sich ändern kann. Auch wenn die Chance gering ist.

SPIEGEL: Was halten Sie vom Engagement des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder in Russland? Er sitzt jetzt auch im Aufsichtsrat von Rosneft, dem Ölkonzern des Putin-Vertrauten Setschin.

Chodorkowski: Ich billige Schröders Verhalten nicht, aber ich verstehe es. Putin hat ihm geholfen, zwei Kinder zu adoptieren, deshalb spürt er eine tiefe persönliche Dankbarkeit. Und so redet er sich ein, dass Putin nicht so schlecht sei, wie alle sagen. Putin hat da gut gearbeitet – im Anwerben ist er ein Profi. Heute ist Schröder ein Mensch, der auf Putin keinen Einfluss ausübt, aber Putin kann über ihn einen Teil der deutschen Gesellschaft beeinflussen.

SPIEGEL: Welchen Einfluss hat Wladimir Putin auf Donald Trump? Denken Sie, dem Kreml liege tatsächlich kompromittierendes Material gegen ihn vor?

Chodorkowski: Ich glaube nicht, dass es in Moskau Material von Bedeutung gibt. Trump ist nicht der Mann, den man mit Frauengeschichten in Bedrängnis bringen könnte. Und was finanzielle Verbindungen mit Russland angeht – da müsste es dann um ein so

SPIEGEL: Vielleicht sind Putin und Trump ja auch einfach Seelenverwandte ...

Chodorkowski: Auch das glaube ich nicht. Für mich ist Trump ein extravaganter Unternehmer, der seine Erfahrungen aus der Geschäftswelt auf das Regierungssystem übertragen will. Wenn ungeeignete Methoden auf ein neues Objekt übertragen werden, entsteht ein Konflikt – und der ähnelt dem Konflikt, der im System Putins entsteht, wenn eine Mafiagruppe versucht, ein Land zu lenken. Im Kern geht es um verschiedene Dinge, die Ähnlichkeiten sind rein äußerlich.

SPIEGEL: Russland ist in einer verzwickten Lage. Die US-Sanktionen sind – anders als die der EU – kaum rückgängig zu machen, dafür hat der US-Kongress gesorgt. Was würden Sie tun, wenn Sie an der Regierung wären?

Chodorkowski: Ich würde sagen, die Sanktionen sind mir grundsätzlich egal. Öl und Gas kann ich ja sowieso exportieren, auf die wird der Westen nicht verzichten, diese Einnahmen bleiben mir. Das Verbot, gewisse Technologien zu importieren, würde ich ebenfalls gelassen sehen. Russland ist ökonomisch so ineffektiv, dass es Spitzentechnologie ohnehin nicht verwenden kann. Die weniger neuen Modelle, die wir immer noch bekommen können, reichen für unsere Zwecke. Was mich beunruhigen würde, ist das fehlende menschliche Potenzial. Die produktivsten Bürger verlassen das Land; ausländische Experten kommen nicht mehr. Es geht hier auch um eine Frage der Reputation.

SPIEGEL: Kann die Fußball-WM hier einen Wandel bewirken?

Chodorkowski: In dieser Hinsicht ist die WM wichtig, auch wenn sie allein nicht ausreicht. Ich würde auch die Institutionen reformieren. Die Leute, die ich anlocken will, können nichts bewirken, solange es keine unabhängigen Gerichte und kein professionell arbeitendes Parlament gibt. Reputation und institutionelles Umfeld sind wichtig. Sanktionen sind zweitrangig.

SPIEGEL: Sie setzten große Hoffnungen in die Ukraine, als dort die Euromaidan-Revolution siegte. Sind Sie heute enttäuscht, angesichts der stockenden Reformen?

Chodorkowski: Ich hatte gehofft, dass die Ukraine zum Vorbild für die russische Gesellschaft werden könnte. Leider ist es Putin gelungen, das zu verhindern. Und leider haben ihm manche Leute in der Ukraine dabei geholfen, aus Gier. Aber davon abgesehen bin ich nicht enttäuscht. Die Ukraine ist ein großes Land, da konnte man keine schnellen Veränderungen erwarten. Wenn die Ukrainer einen Rückfall in den Autoritarismus vermeiden, dann wird das Land nach ein oder zwei Machtwechseln eine normale Demokratie. Auch die Wirtschaft wird sich erholen.

SPIEGEL: Warum gehen Sie eigentlich davon aus, dass sich mit Putins Weggang so viel ändern würde? Das System, das er geschaffen hat, könnte ihn doch überdauern.

Chodorkowski: Nur kurz. Putin wird das Land bis an die Grenze der Belastbarkeit bringen. 20 Prozent der Moskauer wollen ins Ausland gehen, wie eine Umfrage zeigt. Das ist ein gefährliches Signal. Wenn wir nicht von Putin selbst reden, sondern von Putins Regime, dann glaube ich nicht, dass es auch nur 30 Jahre alt wird. Die werden das Land früher ruinieren.

SPIEGEL: Sie leben seit 2016 in London. Schauen Sie sich dort die WM im Fernsehen an?

Chodorkowski: Ich habe früher mal Fußball gespielt, aber ein Fan bin ich nie geworden. Wenn die russische Mannschaft ins Viertelfinale kommt, dann werde ich mir das aber anschauen. Emotional bleibe ich eben doch ein Russe.

SPIEGEL: Herr Chodorkowski, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview 9

Interview mit iranischem Außenpolitiker

Wozu brauchen Sie 300 Millionen Euro in bar?

Iran will Geld von der Europäisch-Iranischen Handelsbank in Hamburg abheben und nach Teheran schaffen. Kamal Kharazi, Präsident des einflussreichen Strategischen Rates für Auswärtige Beziehungen, erklärt warum. *Von Susanne Koelbl*

12. Juli 2018

Kamal Kharazi ist ein meist still agierender, aber wichtiger Akteur in der iranischen Außenpolitik. Bevor am vergangenen Dienstag das Interview mit dem SPIEGEL in der Residenz des iranischen Botschafters in Berlin stattfindet, berät sich der 73-Jährige mit seinem früheren deutschen Amtskollegen Joschka Fischer. Die beiden Politiker kennen sich lange, sie dienten zeitgleich als Chef-Diplomaten ihres Landes. Im Interview spricht Kharazi über die Strategie seines Landes im Konflikt mit US-Präsident Donald Trump, aber auch über die jüngste internationale Kontroverse um Iran: Das Land will 300 Millionen Euro von der Europäisch-Iranischen Handelsbank in Hamburg abheben, in bar, um sie nach Teheran zu schaffen. Die USA protestieren, nun befasst sich die Bundesregierung mit dem Fall.

SPIEGEL: Herr Kharazi warum wollen Sie die iranischen Millionen von der Europäisch-Iranischen Handelsbank abziehen? Befürchten Sie, dass das Geld eingefroren werden könnte und Ihr Land nicht mehr darankäme?

Kharazi: Iran braucht das Geld jetzt für den Import benötigter Güter. Wir spüren, dass die harten Währungen, vor allem der Dollar für uns knapper werden. Das hängt mit den US-Sanktionen zusammen. Die meisten Geschäfte werden nun mal in Dollar abgewickelt. Aber wir können auch Euro gut gebrauchen. Verglichen mit den Summen, die in unserem Land gehandelt werden, sind 300 Millionen Euro übrigens nicht viel.

SPIEGEL: Betrachtet Teheran die Deutschen nicht mehr als zuverlässigen Partner?

Kharazi: Wir haben gute Beziehungen zu Deutschland, manchmal aber auch Meinungsverschiedenheiten. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik waren immer intakt. Natürlich hoffen wir jetzt, dass die Beschlüsse der Europäischen Union zur Aufrechterhaltung des JCPOA...

SPIEGEL: ...des Nuklearabkommens, das Präsident Trump am 8. Mai unilateral aufgekündigt hat...

Kharazi: ...dazu führen, dass wir mit Deutschland mehr denn je zusammenarbeiten. Gleichzeitig verfolgen die Amerikaner genau das gegenteilige Ziel: den Druck auf Iran zu erhöhen.

SPIEGEL: In Iran protestieren in diesen Tagen Tausende gegen die wirtschaftliche Krise und Korruption. Die Trump-Administration will möglicherweise durch schärfere Sanktionen die Aufstände gegen die Regierung anfeuern. Könnte dieser Plan aufgehen?

Kharazi: Das ist der Wunsch unserer Feinde. Glauben Sie mir, die Mehrheit steht hinter der Führung in Teheran. Proteste und Beschwerden hier und da sind doch gerade ein Zeichen von Demokratie, wie in Europa, da führen Demonstrationen ja auch nicht gleich zum Sturz der Regierung.

SPIEGEL: Es scheint, als würden innerhalb der Regierung wieder die Hardliner an Einfluss gewinnen. In Teheran wurde gerade die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh verhaftet. Ihre Mandantin, Shaparak Shajarizadeh, wurde zu zwei Jahren Gefängnis und weiteren 18 Jahren auf Bewährung verurteilt, weil sie ihren Schleier in der Öffentlichkeit ablegte. Was geschieht da?

Kharazi: Sie sollten von einem vielleicht weniger glücklichen Fall nicht auf das ganze System schließen. Es werden ja auch nicht alle Gefangenen in deutschen und europäischen Gefängnissen fair behandelt. Vergleichen Sie doch mal iranische Gefängnisse mit US-amerikanischen Gefangenenlagern, wo Folter an der Tagesordnung war, im Irak oder in Guantanamo.

SPIEGEL: Schränkt die Regierung persönliche Freiheiten wieder stärker ein - ja oder nein?

Kharazi: Regionale Feinde, etwa Saudi-Arabien, aber auch die USA, versuchen gerade, eine Iran-Phobie zu schüren, sie wollen die Beziehung zwischen Iran und den internationalen Partnern vergiften.

SPIEGEL: Was meinen Sie konkret?

Kharazi: Die Amerikaner instrumentalisieren Terrorgruppen, um mit deren Hilfe und mithilfe sozialer Medien Unruhe zu stiften, zum Beispiel unterstützen sie die MKO (die sogenannten Volksmudschahidin, eine links-islamistische Oppositionsbewegung mit Sitz in Paris, deren Ziel es ist, das Regime zu stürzen - Red.). Europäische Medien provozieren unser Volk und wiegeln auf, wie die persisch-sprachige BBC und andere Exil-Sender. Auch damit werden wir fertig werden. Wir leben seit der Revolution damit.

SPIEGEL: Als Außenminister im Kabinett eines vergleichsweise liberalen iranischen Präsidenten, Mohammad Khatami, erinnern Sie sich bestimmt an die Freude der Iraner, als dieser ein paar der strengen Regeln lockerte und dem Volk mehr Freiheiten zugestand.

Kharazi: Jedes Land hat seinen eigenen kulturellen Weg zur Demokratie. Vergleichen Sie doch mal den Zustand unserer Demokratie mit Saudi-Arabien, dort sind Demonstrationen zum Beispiel ganz verboten.

SPIEGEL: Freie Wahlen gibt es auch bei Ihnen nicht. Saudi-Arabien behauptet zumindest nicht, eine Demokratie zu sein.

Kharazi: In unserem Wahlsystem hat die Regierungspartei immer wieder die Macht an die Opposition abgegeben. Wir haben politisch weit größere Fortschritte gemacht als Saudi-Arabien, aber Riad erfährt nie die gleiche Kritik wie Iran. Ist das gerecht? Der Westen misst mit zweierlei Maß.

Interview 10

Anschläge und Hetzkampagnen in Montenegro

"Du musst so tun, als seist du schon tot"

Vanja Ćalović gilt in Montenegro als Staatsfeindin, wird systematisch verunglimpft und bedroht. Im Interview spricht die Bürgerrechtlerin über die Gefahr und die Haltung der EU zu dem vermeintlichen Musterland.*Von Keno Verseck*

01. August 2018

Vanja Ćalović, 39, leitet die montenegrinische Anti-Korruptions-Organisation MANS (Netzwerk zur Stärkung des NGO-Sektors), eine der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen im Land. Unter anderem dokumentiert MANS Fälle von politischer Korruption und überwacht die Umsetzung von Maßnahmen und Gesetzen für mehr Rechtsstaatlichkeit. Finanziert wird MANS überwiegend von der EU sowie aus britischen und US-amerikanischen Programmen zur Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaft. Ćalović studierte Volkswirtschaft und arbeitet seit 2001 für MANS. Sie war außerdem bis vor kurzem Mitglied im Beirat der staatlichen "Agentur zur Prävention von Korruption", wurde aber Anfang Juli entlassen, weil sie als einziges unabhängiges Mitglied des Rates offenbar zu unbequem für die regierungstreue Mehrheit war.

SPIEGEL: Frau Ćalović, in letzter Zeit häufen sich im vermeintlichen Musterstaat Montenegro die Gewalttaten gegen Journalisten und die Kampagnen gegen Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen. Zugleich liefern sich Mafia-Gangs blutige Abrechnungen. Was ist los im Land?

Ćalović: Das öffentliche Klima ist in den letzten Jahren rauher geworden. Diese Art von Mafiamorden hatten wir zuletzt in den Neunzigerjahren. Im Hintergrund geht es hauptsächlich um den Drogenhandel. Die Frage ist, ob die Regierung und die Behörden diesen Krieg der Gangs nicht in den Griff bekommen wollen oder nicht können. Was die Angriffe auf Journalisten angeht, so denke ich, dass sie in einer Situation geschehen, in der eine übermächtige Regierungspartei ohne jegliche Checks and Balances agiert. Ich glaube, Staatspräsident Milo Dukanović will seine "Feinde" aus den Medien und den Nichtregierungsorganisationen zum Schweigen bringen.

SPIEGEL: Die Europäische Union hat sich mit Kritik an Montenegro in den vergangenen Jahren zurückgehalten. Im Vordergrund stand, dass das Land ein Stabilitätsfaktor für die Region ist. War diese Haltung ein Fehler?

Ćalović: Wir gelten als Musterland der Region, weil wir nicht im Streit mit unseren Nachbarländern liegen, kein Kosovo-Problem haben und unser Staat nicht zerfällt wie Bosnien. Deshalb gelten wir in den Augen der EU als Hoffnungsträger. Ich verstehe diesen Ansatz, immerhin fanden hier noch vor wenigen Jahren furchtbare Kriege statt. Andererseits geht es so auf Dauer nicht weiter, mit Pseudo-Reformen im Land und politischen Schachspielchen. Wir können so, wie wir jetzt sind, nicht EU-Mitglied werden.

SPIEGEL: Sie selbst gehören seit vielen Jahren zu den obersten Staatsfeinden, gegen Sie fanden beispiellose Hetzkampagnen statt. Wann hat das angefangen?

Ćalović: Die erste ernste Drohung erhielt ich 2005. Damals hat unsere Organisation versucht, Fälle illegal errichteter Bauten in Podgorica aufzuklären. Ein ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter sagte mir,

ich solle mich vorsehen, ich könnte einen Verkehrsunfall haben. Dann gab es immer wieder Situationen wie die, dass mir jemand auf der Straße in den Weg trat und sagte, wir haben eine Kugel für dich reserviert. Passiert ist aber nie etwas.

SPIEGEL: Hatten Sie Angst?

Ćalović: Ja, vor allem einmal vor zehn Jahren. Ich ging spät abends aus dem Büro. Als ich die Tür öffnete, standen da zwei Männer. Ich bekam einen unglaublichen Schreck. Ich fragte, was sie wollten. Sie antworteten nicht, sie standen einfach nur da und schwiegen. Ich hatte Todesangst und war mir sicher, dass ich sterben würde. Ich schloss das Büro ab und ging aus dem Haus, ohne mich umzudrehen. Nichts passierte, aber drei Tage lang war ich völlig paranoid. Das war ein Wendepunkt in meinem Leben. Mir wurde klar, dass die Angst irgendwann zu Selbstzensur führen würde. Ich sagte mir, wenn du diese Arbeit weitermachen willst, dann musst du so tun, als wärst du schon tot.

SPIEGEL: Und seitdem leben und arbeiten Sie so?

Ćalović: Ja. Statt jeden Morgen unter mein Auto zu schauen, ob da vielleicht eine Bombe versteckt ist, lebe ich ein normales Leben. Wenn sie entscheiden, mir etwas anzutun, werden sie das so oder so machen.

SPIEGEL: Vor vier Jahren gab es eine monatelange Hetzkampagne gegen sie.

Ćalović: Ja, das war der bisherige Höhepunkt. Unsere Organisation hat damals, während der Lokalwahlen in Podgorica Mechanismen der Wahlfälschung dokumentiert. Aus Rache behauptete die regierungsnahe Zeitung "Informer", ich hätte Sex mit Hunden gehabt und zeigte auf ihrer Internetseite ein gefälschtes Video davon. Die Printausgabe der Zeitung hatte mehr als 50 Titelgeschichten dazu.

SPIEGEL: Dennoch haben Sie die Zeitung nicht verklagt. Warum nicht?

Ćalović: Wenn man derartiger Sachen beschuldigt wird, kann man keine Diskussion darum gewinnen, dann ist jede Entgegnung nur eine Bestätigung. Das einzige, was unsere Organisation gemacht hat, war, herauszufinden, wer hinter der Fälschung stand. Wir haben schließlich auch jemanden gefunden, der zugegeben hat, diese Kampagne mit konzipiert zu haben.

Sonnenuntergang in der Bucht von Kotor: Wenn Montenegro aus der EU-Integration aussteigt, verlieren wir alles

SPIEGEL: Werden Sie noch immer bedroht?

Ćalović: Nicht mehr in dieser Weise. Ich bekomme natürlich anonyme Drohungen per E-Mail, aber Hetzkampagnen gegen mich, die von den obersten Regierungsetagen ausgehen, gibt es nicht mehr. Es ist im Großen und Ganzen ruhiger geworden. Genau das beunruhigt mich manchmal. Eigentlich kann man sich sicher fühlen, wenn sie solche Kampagnen anzetteln. Sie wollen dich dann nur einschüchtern. Wenn sie dir wirklich etwas antun wollen, gibt es vorher keine Kampagne.

SPIEGEL: Nach dem dritten Attentat Anfang Mai auf die Enthüllungsjournalistin Olivera Lakić reiste der EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn nach Podgorica und machte klar, dass für die EU eine rote Linie überschritten sei und man Aufklärung erwarte. War das ein Wendepunkt in der Haltung Brüssels gegenüber Montenegro?

Ćalović: Schwer zu sagen. Die EU ist in einer komplizierten Lage. Sie hat die ganze Westbalkan-Region im Blick und beurteilt uns anhand geopolitischer Überlegungen. Zugleich besteht die Gefahr, dass dieses Land aus dem Prozess der EU-Integration aussteigt, wenn der internationale Druck wegen der innenpolitischen Reform- und Rechtsstaatsmängel zu groß wird. Wir haben ja unlängst von Präsident

Dukanović gehört, dass es Alternativen zur EU gibt. Früher war ich oft enttäuscht, dass die EU nicht kritischer mit Dukanović war. Inzwischen denke ich, dass ein zu großer Druck auf Montenegro auch kontraproduktiv sein kann.

SPIEGEL: Es überrascht, dass ausgerechnet Sie eine solche Feststellung treffen.

Ćalović: Wenn Montenegro aus der EU-Integration aussteigt, verlieren wir alles. Wenn wir im EU-Integrationsprozess bleiben, werden ein Regierungswechsel und Reformen früher oder später unvermeidlich sein. Das ist meine Hoffnung. Ich denke, wenn sich die globalen Rahmenbedingungen nicht in gravierender Weise ändern, haben wir die Chance, in zehn oder fünfzehn Jahren ein normales Land zu sein.